

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige deutsche Tageszeitung

Nummer 42 — 2. Jahrgang Saarbrücken Dienstag, 20. Februar 1934 Chefredakteur: M. Braun

**Aus dem Inhalt**

**Internationale Hilfsaktion** Seite 2

**Die kleine Entente beunruhigt** Seite 2

**Gefechtsbilder von der österreichischen Front** Seite 3

**Was Deutschland verjudet (Das Schwarzbuch)** Seite 7

## „Feuerbrand künftiger Kämpfe“

### Aufruf der Internationale an die Arbeiter aller Länder

#### Revolution und Konterrevolution

Ein erster Bericht  
Von einem Führer der österreichischen Sozialdemokratie

Es ist noch zu früh, die blutigen Ereignisse, die sich in Oesterreich abspielten, darzustellen. Aber über den unmittelbaren Anlaß des revolutionären Ausbruchs in Oesterreich kann und muß jetzt schon einiges festgestellt werden.

Seit dem 7. März 1933, dem Tage des Staatsstreichs der Regierung Dollfuß-Heyn, hat die österreichische Sozialdemokratie die größten Anstrengungen unternommen, um eine friedliche und verfassungsmäßige Lösung der politischen Krise zu erlangen.

Die Sozialdemokratie hat elf Monate lang die größte Zurückhaltung geübt. Sie hat auf die Ausschaltung des Parlaments und die Etablierung eines absolutistischen Notverordnungsregimes, auf die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, auf eine ganze Reihe von Notverordnungen, die in verfassungswidriger Weise das Versammlungsrecht der Arbeiterchaft und die Pressefreiheit aufhoben, die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter abbauten, die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Wiens ihrer Einnahmen beraubten und dadurch leistungsunfähig machten, nicht mit gewaltsamem Widerstand geantwortet.

Sie hat im Gegenteil immer wieder bis in die allerjüngste Zeit alle Anstrengungen unternommen, um zu Verhandlungen mit der Regierung Dollfuß und mit dem nicht-faschistischen Flügel der christlich-sozialen Partei über eine friedliche Verständigung und die Bildung einer Einheitsfront gegen die Nationalsozialisten zu gelangen.

Aber viele friedliche und zuwartende Haltung der Sozialdemokratischen Partei hat die Regierung Dollfuß-Heyn nur zu immer feindseligeren Maßregeln gegen die Arbeiterchaft und gegen die Sozialdemokratie ermutigt. Alle Versuche, zu Verständigungsverhandlungen zu gelangen, hat Herr Dollfuß bis in die allerjüngsten Tage in der hochmütigsten und beleidigendsten Weise abgelehnt.

Auf der anderen Seite ist die Erbitterung der Arbeiterchaft über den Regierungskurs immer mehr angewachsen. Sie wurde in hohem Maße gesteigert durch eine Verordnung des Ministers Schmidt, gemäß der alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von der Arbeit bei Arbeitern und Bauern des Bundes und auch von der Arbeit in der Eisenindustrie, soweit diese Bestellungen des Bundes durchführt ausgeschlossen wurden.

Nach der Anordnung des Ministers dürfen bei all diesen Arbeiten nur solche Arbeiter beschäftigt werden, welche von den Arbeitsermittlungen der christlichsozialen Gewerkschaften und der Heimwehr vermittelt werden.

Die Arbeiterchaft betrachtete diese Verfügung mit Recht als einen Versuch, auf die Arbeitslosen den Zwang auszuüben, sich den christlichsozialen Gewerkschaften, die in Oesterreich nur einen winzigen Bruchteil der Arbeiterchaft organisiert haben, oder der Heimwehr anzuschließen.

Die Erbitterung der Arbeiterchaft wandte sich immer mehr gegen die zuwartende und verständigungsberbereite Politik des Parteivorstandes. Wachsende Teile der Parteimitgliedschaft forderten immer kräftiger das Vordringen.

Trotzdem hielt der Parteivorstand an der schon im Herbst vom Parteitag festgestellten Linie fest: Die Partei dürfe nur im äußersten Fall die Parole zum Generalkrieg geben, nur dann, wenn die Regierung eine faschistische Verfassung oktroyiert, wenn sie die verfassungsmäßige Landesregierung und Gemeindeverwaltung von Wien ablehnt, wenn sie die Partei auflöst oder die Gewerkschaften gleichschaltet. Solange nicht einer dieser vier Fälle eingetreten sei, müßten die Versuche zu einer friedlichen Lösung geduldig fortgesetzt werden. Es ist dem Parteivorstand aber schon seit Monaten immer schwerer geworden, den erbitterten Arbeitern die Notwendigkeit dieser zuwartenden Politik klarzumachen.

In der letzten Woche mehrten sich die Anzeichen, daß die Regierung zum entscheidenden Schlag gegen die Demokratie und gegen die Arbeiterchaft ausheile.

Der Verfassungsminister Dr. Ender kündigte an, Oesterreich müsse binnen kurzem eine „Nebergangsverfassung“ bekommen, die „sagt eine Diktatur“ sein werde. Ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewähltes Parlament sollte es bei dieser neuen Verfassung nicht mehr geben. Der Sozialminister Schmidt kündigte an, daß es in dem „neuen Oesterreich“ keine freien Gewerkschaften mehr geben könne, sondern nur noch halbstaatliche Organisationen“ und kein Streikrecht der Arbeiter mehr, sondern das Entscheidungsrecht des Staates über alle Volkswirtschaft.

Die Heimwehren, als staatliche Hilfspolizei aufgebildet und vom Staat bewaffnet und besoldet, sollten zuerst in Tirol, dann auch in den anderen Bundesländern an die Landeshauptleute die ultimative Forderung nach sofortiger Abschaffung der verfassungsmäßigen Landesregierungen und ihrer Ersetzung durch Landesanschlüsse, in denen die Heimwehren die Führung haben sollten und von denen die Sozialdemokraten ausgeschlossen sein sollten.

Die Arbeiter der ganzen Welt stehen im Banne des grandiosen und tragischen Heldenkampfes der österreichischen Arbeiter.

Nicht leichtfertig sind sie in den Kampf gezogen. Zwischen Mussolini-Italien und Hitler-Deutschland eingeteilt, ist Oesterreich der Schauplatz faschistischer Vorkämpfe aller Spielarten geworden. Durch ein Jahr hat die österreichische Sozialdemokratie in treuer Verbundenheit mit den freien Gewerkschaften die ungeheuerlichsten Provokationen der Dollfuß-Regierung hingenommen, weil sie sich der ganzen Tragweite der Entscheidung, die auf dem Spiele stand, bewußt war. Sie hat die schwersten Opfer auf sich genommen, in der Hoffnung, daß es trotz der faschistischen Brut ihnen gelingen werde, den wesentlichen Inhalt der demokratischen Verfassung und der schwer errungenen Arbeiterrechte zu behaupten. Aber ebenso wie sie stets entschlossen waren, sich nicht provozieren zu lassen, waren sie auch entschlossen, sich nicht einschüchtern zu lassen. Und als es klar geworden, daß die alten Pläne der Heimwehrführer den Rechtsstaat zu beseitigen und ein Regime des Aleristos-Faschismus in Oesterreich aufzurichten, endgültig von der Dollfuß-Regierung abgelehnt waren und die internationale Lage von Dollfuß zur sofortigen Durchführung seiner Pläne als geeignet erachtet wurde, haben die Arbeiter Oesterreichs im Bewußtsein, daß nur noch der revolutionäre Kampf eine Aussicht auf Rettung bieten könne, zum letzten Mittel, zum Generalkrieg und zum Kampf mit den Waffen gegriffen. Sie haben die bewaffnete Macht des Staates und die Herden der Heimwehrbanditen keineswegs unterschätzt, aber sie waren entschlossen, lieber für ihre Sache zu sterben, als widerstandslos in der faschistischen Barbarei unterzugehen.

Die „Kommune Wien“ war der offizielle Titel der Gemeindeverwaltung der österreichischen Hauptstadt in früherer Zeit. Der alte Name hat eine neue herrliche Beize erfahren. Denn dem glorreichsten Vorbild proletarischen Kampfes, der Pariser Kommune von 1871 darf sich das Rote Wien von 1934 stolz an die Seite stellen.

Wie die Pariser Kommune durch Jahrzehnte voranleuchtete dem Aufstieg des internationalen Proletariats, wird auch das Rote Wien zum Feuerbrand künftiger Kämpfe werden, ein Warnungszeichen aufzichten dem internationalen Faschismus. Die Kampfstage in Oesterreich, sie lagen aller Welt: Nicht ungekräft wird die Demokratie preisgegeben, nicht kampflös läßt sich das Proletariat niederwerfen.

Das Schicksal der herrlichen Wohnbauten der Gemeinde Wien ist ein Symbol. Die Aufbauarbeit der Sozialdemokraten hat sie geschaffen, die Kanonen des Faschismus haben sie zu rauchenden Ruinen gemacht.

Aber wenn in Zukunft die Massen des arbeitenden Volkes fragen werden, wie will

Zugleich forderten die Heimwehren auch die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und aller Gemeindevorteilungen, in denen die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten. Die Heimwehren drohten ganz unverhüllt mit gewalttätiger Besetzung der Landesregierungsgebäude und der Rathhäuser, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Ein faschistischer Staatsstreich schien unmittelbar bevorzustehen. In den selben Tagen, in denen die Heimwehren diese ultimativen Forderungen stellten, hielt der Heimwehrminister Heyn in Wien und in den Bundesländern die Führer des Republikanischen Schutzbundes der einzelnen Orte und Bezirke verhaften, und sowohl in Wien als auch in der nächsten Umgebung Wiens Waffenlager des Republikanischen Schutzbundes, die der Polizei bekannt geworden waren, ausheben. Das mußte natürlich in der Arbeiterchaft den Eindruck erwecken, daß die Heimwehren in dem selben Augenblick, in dem sie zu ihrem Putz gegen die Demokratie einsetzten, die Arbeiterchaft wehrlos zu machen und den Schutzbund durch die Verhaftung der lokalen Führer zu desorganisieren veruchen. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch ein provokatorisches Kommando, das Bisanzler Heyn am Samstag, dem 11. Februar, ausgab. In diesem Kommando wurden die Waffenlager der Polizei als Beweis für das Vorhandensein eines „Komplotts marxistisch-bolschewistischer Verbrecher“ gegen die Sicherheit des Staates ausgegeben, das die Regierung zwinge, gegen die Schuldigen in den nächsten Tagen schon rücksichtslos vorzugehen.

Es war klar, daß Heyn die Waffen- und Sprengstoffkammer im Schwedter Bezirk, in der Nähe von Wien, in ähnlicher

der Sozialismus die Welt aufbauen, dann können wir mit Stolz hinweisen auf das, was er in den fünfzehn Jahren sozialistischer Aufbauarbeit in Wien geleistet.

Wir grüßen die Helden des Rotes Wien, wir grüßen die unerschrockenen Kämpfer in ganz Oesterreich.

Wir neigen uns in Ehrfurcht vor den Männern und Frauen, die ihr Leben der Freiheit hingegen. Und wie einst die Internationale über die Kämpfer der Pariser Kommune, so wird man künftig auch über die roten Kämpfer Oesterreichs sagen dürfen, „sie bleiben eingeschrieben in den Herzen der internationalen Arbeiterklasse“.

Wir aber, die wir weiter zu arbeiten, weiter zu kämpfen haben, wir schwören ihnen: ihre Opfer werden nicht umsonst sein!

Neue große politische Aufgaben stellt der herrliche Kampf in Oesterreich für die gesamte Arbeiterbewegung. Heute aber unmittelbar im Angesicht der Opfer dieser Kämpfe ist es vor allem dringendste Ehrenpflicht der Sozialisten der ganzen Welt und aller freien und aufrichtigen Menschen überhaupt, den Witwen und Waisen der herrlichen Kämpfer von Oesterreich zu helfen.

Den Denkern des österreichischen Proletariats, den Dollfuß und Heyn, die in den Arbeitervierteln schlimmer gehaßt haben als der Landesfeind im Kriege, die mit Kanonen gegen Frauen und Kinder geschossen, deren blutige Hände Kunde geben von dem entsetzlichen Verbrechen an dem österreichischen Proletariat, das nichts anderes als Friede und Freiheit wollte, ist der Haß und die Verachtung der zivilisierten Menschheit sicher.

Der Dollfuß-Galgen ist aufgerichtet, die Standgerichte überantworten schwerverurteilte Menschen dem Henker. Die Verwirklichung des christlichen Staates hat die Dollfuß-Regierung zu ihrem Programm erhoben, die barbarischste Menschenmorderei ist ihr erstes Werk. Die Sozialisten aller Länder werden ihrer alten Heberzeugung getreu anrufen zum Protest gegen die bestialische Todesstrafe.

Aus den Toten von heute werden die Rächer von morgen, aus den rauchenden Trümmern Wiens ein neues Rotes Wien erheben!

Es lebe die Wiener Kommune!

Es lebe der Weltkampf gegen den Faschismus!

Es lebe die österreichische Sozialdemokratie, es lebe der internationale Sozialismus!

15. Februar 1934.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale.

Weise als Vorwand zu dem entscheidenden Schlag gegen die Sozialdemokratie benützen wollte, wie Göring den Reichstagsbrand benützt hat.

Dabei mußte Heyn natürlich sehr wohl, daß die Arbeiterchaft ihre Waffen schon seit der Revolution von 1918 verborgen gehalten, sie niemals verwendet, sie immer nur für den Fall der Notwendigkeit der Verteidigung der Demokratie gegen einen faschistischen Angriff aufbewahrt hatte.

Diese Ereignisse riefen in der Arbeiterchaft folgende Ansicht hervor: Der Geaner will in den nächsten Tagen unter dem Druck der Heimwehr die Landesregierungen und Gemeindevorteilungen „gleichschalten“. Er holt zu einem Streik gegen die Partei aus. Er bereitet eine faschistische Verfassung vor, die das allgemeine Streikrecht der Arbeiter aufheben will.

In dieser Lage dürfen wir uns nicht länger durch Verhaftung der Schutzbundführer desorganisieren und durch Aushebung von Waffenlagern entwaffnen lassen, wenn wir nicht binnen wenigen Tagen wehrlos, kampfunfähig einem faschistischen Staatsstreich gegenübersehen sollen.

Trotzdem hielt der Parteivorstand auch jetzt noch an seiner Linie fest. Er hielt es für notwendig, daß die Arbeiterchaft die Ergebnisse der für Montag, den 12. Februar, angesetzten Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Landeshauptleuten über die Forderungen der Heimwehr abwartete, und daß sie nicht loschläge, solange nicht etwa einer der vier Fälle, in denen gemäß dem Parteibeschluß ein Abwehrkampf zum Schutze der verfassungsmäßigen Ordnung unvermeidlich

fei. Noch am Sonntag haben Funktionäre des Parteivorstandes in diesem Sinne Genossen, die über die erregte Stimmung der Arbeiterklasse berichteten, instruiert und vor eigenmächtigem Vorgehen dringend gewarnt.

Aber die Erregung der Massen hatte einen solchen Grad erreicht, daß sich diese Warnungen des Parteivorstandes nicht mehr durchsetzen konnten.

Als Montagfrüh die Polizei in Linz neuerlich Waffenbeschlagnahmen und Schußwaffenführer verhaften wollte — zwei Tage nachdem die Heimwehren in Linz, mit Waffengewalt drohend, die ultimative Forderung nach der Gleichhaltung der Landesregierung und der Auflösung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen dem Landeshaupmann überreicht hatte! —, schlugen die Linzer Arbeiter los.

Aber auch in Wien herrschte Montagfrüh schon große Erregung in der Arbeiterschaft.

Am Sonntag war in Floridsdorf, dem industriereichsten Bezirk von Wien, Genosse Stockhammer, ein Betriebsobmann, der in der Floridsdorfer Arbeiterschaft besonders angesehen ist, verhaftet worden.

Montagfrüh forderten die Arbeiter in den Floridsdorfer Betrieben einen Proteststreik gegen diese Verhaftung. Als in den Betrieben darüber noch diskutiert wurde, wurde bekannt, daß in Linz schon Straßenkämpfe stattgefunden. Nun gab es kein Halten mehr. Die Wiener Arbeiter hatten das Gefühl, daß sie die Linzer und Oberösterreicher nicht im Stich lassen, nicht allein im Kampf lassen konnten, wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft an einem Ort nach dem andern wehrlos gemacht und dann dem für die nächsten Tage zu gewärtigenden Staatsstreich kampfunfähig gegenübergestellt sollte. So nahmen denn die Ereignisse ihren Lauf.

Wäre es dem Parteivorstand gelungen, seine Linie bis zur letzten Stunde durchzusetzen, so wäre der Kampf wahrscheinlich auch nicht vermieden worden.

Denn der Gegner war hart daran, Tatsachen zu setzen, die die Arbeiterschaft auf jeden Fall zum Kampfe gezwungen hätten, wenn sie nicht kampftos sich einer faschistischen Diktatur unterwerfen wollte. Aber der Kampf wäre wahrscheinlich von breiten Volksmassen besser verstanden worden, wenn er erst nach einem offenkundigen faschistischen Staatsstreich begonnen wäre. Es ist aber nicht verwunderlich, daß die Arbeiterschaft nach alledem, was sie seit dem März 1933 erlebt hatte, und im besonderen nach den Drohungen und Provokationen der letzten Tage nicht mehr die Geduld ausgebracht hat, noch abzuwarten. Es ist nicht verwunderlich, daß die Arbeiterschaft insbesondere nach den Massenverhaftungen und Waffensbeschlagnahmen der letzten Tage von der Besorgnis erfüllt war, dem offenkundig unmittelbar drohenden faschistischen Staatsstreich wehrlos gegenüber zu stehen, wenn sie noch länger ihre Kampfführer verhaften und die zur Verteidigung der verfassungsmäßigen republikanischen Ordnung bereit gehaltenen Waffen beschlagnahmen ließe. Wenn die reaktionäre, kapitalistische Presse des Auslandes, von der durchweg gleichgeschalteten Presse Wiens gar nicht zu reden, die österreichischen Arbeiter darum beschimpft und verleumdet, so genügt es daran zu erinnern, daß das dieselben Zeitungen tun, die die deutschen Sozialdemokraten beschimpft haben, weil sie sich dem Faschismus unterworfen haben, ohne einen Widerstand zu wagen.

Kein Zweifel, die militärische Gewalt des Staates ist den Arbeitern ungeheuer überlegen.

Eine Regierung, die sich nicht schert, die schönsten und größten Gebäude der Hauptstadt mit Artilleriefeuer zu zerstören, mag über Arbeiterbataillone, die ungleich schwächer ausgerüstet sind, denen die Munition zu schnell ausgeht, die keine Gewehre, keine Panzerwagen, keine Minenwerfer zur Verfügung haben, setzen können. Aber die österreichischen Arbeiter, die Kämpfer des republikanischen Schutzbundes vor allem, und freiheitsliebende Männer, die sich nicht kampftos unterjochen lassen. Wäre nicht der Haß der Reaktion ungleich härter als ihre Achtung vor männlichem Heldentum, so müßte selbst sie der Freiheitsliebe und dem Heldentum der Kämpfer von Wien und Linz, von Brud und Steyr, von Eggenbergs, Judenburg und Kopfenberg ihre Achtung ollen, die mit alten Gewehren in der Hand und wenig Patronen in der Tasche gegen die Gewehre und Maschinengewehre des Feindes die republikanische Freiheit und die Rechte der Arbeiter verteidigen.

## 85 tote Kinder

### Leichenfunde in Wien

dnb. Paris, 19. Febr. Der sozialistische „Populaire“ gibt eine Information aus Wien wieder, wonach in Sandbetten die Leichen von 85 Kindern unter 14 Jahren gefunden worden seien, die bei den blutigen Kämpfen der letzten Tage getötet wurden. Das Blatt fügt hinzu, Döllfuß habe sich im Namen des Christentums und der Familie zum Mörder gemacht. In einem weiteren Artikel wendet sich der „Populaire“ gegen die zum Teil tendenziöse Einstellung der Pariser Presse gegenüber den Ereignissen in Oesterreich. Man vermisst nicht nur jedes bewegte Wort über die Opfer der Straßenkämpfe, sondern überhäuft den „unmenslichen Avera Döllfuß“ mit abscheulichen Pöhbudeleien und habe die Styrn, ihn als den Kanzler der österreichischen Unabhängigkeit hinzustellen.

# Die Kleine Entente beunruhigt

Paris, 19. Februar. Der rumänische Außenminister Titulescu gab dem belgradischen Vertreter des „Petit Parisien“ eine Erklärung ab, die die Haltung der kleinen Entente zur Lage in Oesterreich und über die Absichten der drei Großmächte Frankreich, England und Italien kennzeichnet. Titulescu, der sich nach der Unterredung mit dem südslawischen Außenminister auf der Rückreise nach Belgrad befand, erklärte u. a., daß die Kleine Entente in Oesterreich mit einer gewissen Benutzungsfrage verfolge. Der Abschluß der Straßenkämpfe bedeute noch nicht, daß die österreichische Frage nun geregelt sei. Im Gegenteil, der Hauptkampf werde erst jetzt geliefert werden müssen. In diesem Zusammenhang wüßte man feststellen, daß sich Döllfuß die Unterstützung der einzigen Partei verleihe, die ihm bei dem Kampf gegen die Anschlußbestrebungen hätte von Nutzen sein können. Der Augenblick sei gekommen, wo diejenigen, die ihm bei der Niederwerfung der Sozialdemokraten gedolten hätten, den Preis für ihre Hilfe verlangen würden.

Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei unabweisbar, daß die Bestrebungen Italiens, einen italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbund zu bilden, in Kreisen der kleinen Entente eine lebhaftige Reaktion ausgelöst hätten, da man in solchen Plänen einen Versuch zur Wiederherstellung der alten Lage sehe mit dem erwünschten Umstand, daß Italien sich dieser Lage bedienen werde, um im Donaubecken gegen die kleine Entente zu arbeiten. Man sehe andererseits auf Seiten der kleinen Entente in den „österreichisch-ungarischen Annäherungsbestrebungen die Gefahr eines doppelten Anschlusses, die man als nicht weniger bedeutungsvoll betrachte. Der Eindruck, daß Italien von den Großmächten den Auftrag erhalten habe, in Mitteleuropa und besonders in Wien zu operieren, sei nicht dazu angetan, die Gemüter der kleinen Entente zu beruhigen. Belgrad, Prag und Bukarest befaßten sich ernstlich mit allen Möglichkeiten, denen sie ge-

# Proteste und Hilfe

## Die Weltaktion für die österreichischen Kämpfer

### Die Weltaktion für die österreichischen Kämpfer

Aus der ganzen Welt treffen Berichte ein, die von der ungeheuren Empörung der Öffentlichkeit über die Henker des österreichischen Proletariats, die Döllfuß und Jen, aber auch von der glühenden Solidarität der Arbeitermassen in allen Ländern mit dem kämpfenden österreichischen Proletariat Zeugnis ablegen. Von den uns erst teilweise vorliegenden Berichten veröffentlichen wir nachstehend einen Auschnitt:

### Großbritannien

Der Gemeinsame Nationalrat der britischen Arbeiterbewegung, der die Arbeiterpartei, den Gewerkschaftskongress und die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei vertritt, hat in einer Erklärung seine volle Solidarität mit dem österreichischen Proletariat in seinem Kampf für die Freiheit Oesterreichs ausgesprochen. Er hat unerschrocken eine Sammelaktion für die Opfer der Kämpfe einleitet, die schon in den ersten 24 Stunden einen sehr großen Geldbetrag erzielt hat, obwohl die Sammlung erst in Gang kommt. Der Präsident des Gewerkschaftskongresses, Conley, hat in einer Rede dem Abscheu der Öffentlichkeit in Großbritannien über die verbrecherischen Schandthaten der österreichischen Regierung und der Hilfsbereitschaft der englischen Arbeiter Ausdruck gegeben.

### Frankreich

Die französischen Sozialisten haben in einem Telegramm an die österreichische Sozialdemokratie ihre volle Solidarität mit den österreichischen Arbeitern ausgesprochen. Das Blatt der französischen Sozialisten „Le Populaire“ beschäftigt sich in seltenen Ausprägungen mit den furchtbaren Ereignissen in Oesterreich. Das Blatt der französischen Gewerkschaften „Le Peuple“ schreibt am 16. Februar:

Vor uns steht eine große Pflicht. Die österreichischen Arbeiter sind bedrückt. Viele konnten die tschechoslowakische Grenze überschreiten und sind vor der Rache der Faschisten geschützt. Es gilt, ihnen ohne Verzug zu Hilfe zu kommen, die Solidaritätsaktion, die sie aus eigenem begonnen haben, zu unterstützen.

Zahlreicher aber noch sind die Gefangenen und jene, die noch in die Hände der Armee und der Heimwehren fallen werden. Sie stehen unter der Gefahr des Standrechts, sie sind bedroht vom Henker oder von furchtbaren Verurteilungen. Es gilt, sie zu verteidigen. Die Arbeiterklasse aller Länder muß sie retten, muß unermüdet die Provokation und die Verbrechen des Herrn Döllfuß und seiner Verbündeten brandmarken, ihnen ihre Opfer entreißen.

Diese Aufgabe muß sofort erfüllt werden. Niemand kann sich ihr entziehen.

### Vereinigte Staaten

Nach New York erhalten wir folgendes Telegramm: „Mithelmittel den österreichischen Genossen, daß die amerikanische öffentliche Meinung auf ihrer Seite ist. Vierhunderttausend Arbeiter haben in New York einen Sympathiestreik durchgeführt. Vor einer Massenversammlung von 30 000 Menschen sprach der Oberbürgermeister von New York und führende Personen der Arbeiterbewegung, 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten vor dem österreichischen Konsulat. Die gesamte Presse, sogar sehr weit rechts stehende Blätter, rühmt den Kampf gegen Döllfuß. Im ganzen Lande finden Kundgebungen statt.“

Die amerikanischen Sozialisten haben ferner in einem Telegramm ihre Solidarität mit den österreichischen Kameraden ausgesprochen, die „für den Weltfrieden, die Demokratie und die Kultur kämpfen“.

### Tschechoslowakei

Die gesamte tschechoslowakische Arbeiterbewegung, deutsche und tschechoslowakische Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben unter Mitwirkung der tschechoslowakischen nationalsozialistischen Partei (Partei Dr. Beneš) am Donnerstag von 11 bis 11 Uhr 3 Min. vormittags in der gesamten tschechoslowakischen Republik einen Sympathiestreik für die kämpfenden österreichischen Arbeiter durchgeführt, der ungeheuren Erfolg hatte. Nur die Kommunisten lehnten die Beteiligung ab.

Im auswärtigen Ausschuss der Kammer gaben für die

tschechoslowakische und die deutsche Sozialdemokratie Winter und Schäfer, im Senat Helles Erklärungen der innigen Verbundenheit mit der „herrlichen, unvergleichlichen Arbeiterschaft Oesterreichs“ ab.

### Dänemark

Ein Telegramm aus Kopenhagen teilt mit: „Das dänische Matteotti-Komitee hat heute in der ganzen Parteipresse einen Aufruf veröffentlicht, einen Stundenlohn für eine Hilfsaktion für die österreichischen Arbeiter anzubringen. Am 18. Februar fand im Folkedparke eine Riesenkundgebung für Oesterreichs Arbeiterschaft statt. gen. Aising Andersen.“

### Holland

Das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie „Het Volk“ schreibt:

„Der Heldentum, mit dem die sozialistische Arbeiterbewegung Oesterreichs den verhassten Kampf gegen die faschistischen Gewalten führt, wird in ganz Europa Früchte tragen. Das Blut unserer österreichischen Genossen fließt nicht vergebens. Mehr wollen wir Augenblicklich, wenn sie lebenden Herzen den Verlauf der Geschehnisse verfolgen, nicht sagen. Es solle genügen, daß man begreift: Der Kampf ist von großer internationaler Bedeutung. Dadurch werden in unserem Weltteil die Verhältnisse zwischen den Klassen und Staaten verändert.“

Zum zweiten Mal wird unsere Bewegung in Oesterreich zum Pionier der Demokratie auf einem der Schlüsselplätze Europas.“

### Schweiz

Die Presse der schweizerischen Sozialdemokratie drückt die Stimmung nicht nur der schweizerischen Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise des Bürgertums aus, wenn sie feststellt, daß die Schuld an den blutigen Ereignissen in Oesterreich ausschließlich bei der Regierung liegt, die die Arbeiter zum Bürgerkrieg herausgefordert hat.

Eine Hilfsaktion für die Waisen der österreichischen Freiheitskämpfer und die Kinder der Gefangenen ist bereits im Gange.

### Spanien

„Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens spricht ihre Solidarität mit den heldenhaften österreichischen Genossen aus.“

gen. Largo Caballero, Vorsitzender der sozialistischen Partei de Francisco, Sekretär.“

### Palästina

Die sozialistische Arbeiterpartei telegraphiert aus Tel-Aviv: „Beugen uns vor proletarischem Heldenkampf der Arbeiter Oesterreichs. Sind bereit zu jeder Hilfe.“

### Italien

Die italienischen Emigranten befanden in Osterreich, Telegrammen und ihrer Presse ihre Bewunderung für die „großen Schützer Viktor Adler“.

### Litauen

Im Namen aller Zweige der litauischen Arbeiterbewegung, sozialdemokratische Partei, Jugend und Gewerkschaften, sprechen ihre Vorstände in einem Telegramm ihr tiefstes Solidaritätsgefühl und ihre Bewunderung für den Heldentum der österreichischen Arbeiterschaft für ihre und die Belange des Sozialismus, und ihre tiefste Trauer über die gefallenen Kämpfer“ aus.

### Die Rache

dnb. Wien, 19. Febr. Vom Bundeskommissar für Wien wurden acht Direktoren höherer Lehranstalten ihres Amtes entoben. Als Ursache wird ihr politisches Verhalten angegeben. Sie haben die Weisung erhalten, am Montag nicht mehr auf ihrem Posten zu erscheinen.

## Schutzhaft für Betriebsleiter

### Aktion der NSBO.

dnb. Neufals, 19. Febr. In Neufals kam es zu einer Kundgebung gegen den Betriebsleiter der Ziegelei Blumenthal in Plebschütz. Genß, Es war bekannt geworden, daß die Ziegelei ihre Arbeiter unter Tarif bezahlt. Aus diesem Grunde wollte der Ortsgruppenleiter der NSBO, und Arbeitsfront, Vg. Woffig, mit dem Betriebsleiter verhandeln. Dieser wurde jedoch tödlich gegen den Vertreter der Arbeitsfront und beleidigte ihn auf das Schwerste. Die NSBO. veranfaßte aus diesem Grunde eine Protestkundgebung durch Neufals zum Rathaus, wo Ortsgruppenleiter Begeordneter Danke zu der Arbeiterschaft sprach. Es wurde ein Schild mitgeführt, auf dem die Unterbringung des gewalttätigen Betriebsleiters in ein Konzentrationslager gefordert wurde. Genß wurde auf Veranlassung des Landrates in Schutzhaft genommen.

## Das Neueste

In Bononne fanden die Wahlen für die neuen Stadtverordneten statt, die an die Stelle der im Zusammenhang mit der Stawisky-Angelegenheit zurückgetretenen treten werden. Die Liste der republikanischen Vereinigung, d. h. der ausgesprochenen Gegner des im Gefängnis sitzenden ehemaligen Bürgermeisters von Bononne, Garat, hat auf der ganzen Linie gesiegt, und nur ein einziger Kandidat der zurückgetretenen Stadtverordneten kommt am kommenden Sonntag in die Stichwahl. Bei den Abgeordnetenwahlen in Nord wurde der radikalsozialistische Kandidat mit Unterstützung der Sozialisten gegen den Kandidaten der unabhängigen Linken gewählt. Auch bei einer Senatorenwahl in Tours wurde ein radikalsozialistischer Kandidat in der Stichwahl gewählt.

Der Zustand des im Bononner Krankenhaus liegenden Abgeordneten Bonnoire, der unter polizeilicher Bewachung steht, gibt an ersten Besorgnissen Anlaß. Bonnoire leidet an schwerem Rheuma und hat große Atembeschwerden. Die Ärzte haben sich am Sonntag noch nicht über seinen Zustand ausgesprochen können.

In Kopen in Frankreich wurde bei Ebbe eine riesige Anferndank entdeckt, auf der die Fischer in kurzer Zeit nicht weniger als 30 000 Anfern sammelten.

## Die Dreimächte-Erklärung

### Der Wortlaut

Paris, 18. Februar. Das französische Außenministerium gibt folgendes Kommuniqué bekannt, das eine gemeinsame Erklärung der drei Mächte England, Frankreich und Italien in der österreichischen Frage darstellt und inhaltlich schon in unserer vorigen Ausgabe veröffentlicht worden ist:

„Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit hat sich die österreichische Regierung an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt, um deren Ansichten über das Dossier kennen zu lernen, das sie vordereit hat mit dem Zweck, die deutsche Einmischung in die inneren österreichischen Angelegenheiten festzustellen und wovon sie den drei Mächten Kenntnis gegeben hat. Die Besprechungen, die zwischen den drei Regierungen in dieser Frage stattgefunden haben, haben die gemeinsamen Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit aufgezeigt, die Unabhängigkeit und Integrität Oesterreichs gemäß den in Kraft befindlichen Verträgen aufrechtzuerhalten.“

# Bilder von der österreichischen Bürgerkriegsfront

## Kampf um Steyr

### Die Erwerbslosen im Gefecht

Die „Neue Züricher Zeitung“ berichtet: Unzweifelhaft eine der schlimmsten Episoden des sozialdemokratischen Aufstands war der dreitägige Kampf um Steyr. Die zwischen anmutigen Hügeln eng eingeschlossene Stadt mit ihren prächtigen Barockkirchen und Bürgerhäusern ist plötzlich zum Schauplatz blutiger Ereignisse geworden. Steyr hat kaum 22.000 Einwohner und wäre im Ausland wohl nur wenigen Liebhabern der Barockkunst bekannt, hätte nicht die hierige Automobil- und Waffenfabrik den Namen Steyr in aller Welt bekannt gemacht. Jenseits der Enns liegen die ausgedehnten Gebäudeflächen des großen Industrienternehmens. Ein zweites Steyr ist mit dessen Aufblühen entstanden, das zu dem alten Barock-Steyr in merkwürdigem Gegensatz steht. Während des Krieges beschäftigten diese Steyrer-Werke an die 16.000 Arbeiter, heute kaum noch 1800. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos, ein großer Teil davon schon seit fünf, seit zehn Jahren.

Nach übereinstimmendem Urteil erleiden diese Menschen die schlimmsten Entbehrungen. Sie schreien nach Brot und Arbeit, nicht weil verantwortungslose Arbeiterführer sie dazu aufstacheln, sondern weil sie ein schreckliches Ende vor sich sehen. Bei den letzten Wahlen ist die Sozialdemokratie mit Zweidrittelmehrheit als Siegerin aus dem Kampf hervorgegangen, denn Steyr war seit dem Anzuge immer eine rote Hochburg. In den letzten Jahren ist es auch zu einer Hochburg des Radikalismus geworden.

Psychologische Voraussetzungen für einen Nacht- und Verweilungskampf waren in Steyr auch durch den politischen Vorstoß der oberösterreichischen Heimwehren gegeben. Die rote Hochburg sollte der Vorstoß der Heimwehr gegen sich und gegen die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft gerichtet. Diese Sachgehalte trennen auch hier schon seit Jahren Sozialdemokratie und Heimwehren. Der gemeinsame Abwehrkampf gegen den heftig agitierenden Nationalsozialismus hat diesen scharfen Gegensatz nie zu überbrücken vermocht. Es bedurfte nur eines leisen Anstoßes, um den furchtbaren Verzweiflungskampf anzulösen. Diesen Anstoß haben Scheinbar die in Linz zwischen Schützlingen und Polizei gewechselten Schüsse, wohl eher die aus Wien eingelaufene Partisanen gegeben.

Die Unruhen begannen am Montagvormittag mit einem Streik in den Steyrer-Werken. Gegen Mittag wollte ein Polizeidetachment zum Schutze der Ingenieure und Angestellten sich in die Waffenfabrik begeben, wurde aber nach Ueberstößen der Bahnlinie von heftigem Gewehrfeuer empfangen und mußte umkehren. Wie sich bald herausstellte, hatten Schützlinge den Streikenden die Parole ausgedrückt: *W e a f f n e t e u c h*. Jenseits der Enns, direkt oberhalb des Bahnhofs, liegt auf einem die ganze Stadt dominierenden Plateau eine große Arbeiterkolonie genannt Ennsleite. Nur eine schmale Wohnunterführung und ein feil ansteigendes Sträßchen führen von der Stadt hinüber. Die Abhänge des Plateaus sind offen und waren zudem in diesen Tagen gänzlich vereist. Die Schützlinge hatten die Häuser am Rande des Plateaus besetzt, die im Wohnviertel befindliche Polizeiwache übermüht und sperrten nun mit ihrem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer den Zugang zu ihren Stellungen vollständig ab. Mit Hilfe einer Kompanie des in Steyr liegenden Alpenjägerregiments versuchte die Polizei am Nachmittag Ennsleite zu erklimmen, mußte aber, da keine Deckungen vorhanden waren, wegen des Maschinengewehrfeuers zurückweichen. Bereits tauchten über die Dächer der Stadt hinüber die Maschinengewehrläusen; niemand konnte mehr die Bahnlinie überqueren, die erschreckte Bevölkerung merkte, daß sich dort ein blutiger Kampf auslobte.

In gleicher Zeit hatten andere Gruppen von Schützlingen auf der entgegengesetzten Seite der Stadt, in Steyrsdorf, versucht, den Truppen in den Rücken zu fallen und hatten auch die Bahnlinie Linz-Steyr gesperrt. Am Montagabend war der Kampf unentschieden; Polizei und Bundesheer waren zu schwach, um die taktisch sehr starke Position der Ennsleite anzugreifen.

Heber Nacht, so man eine halbe Batterie zehn Zentimeter-Haubitzen, eine Schwadron Kavallerie und verschiedene Heimwehrabteilungen herbei.

Am Dienstag begann die Artilleriebeschichtung der Maschinengewehrfeuer in den vordersten Häusern der Ennsleite. Die Schützlinge hatten über Nacht ihre Stellungen vortrefflich ausgebaut, Fenster mit Sandsäcken verhängt, Schießscharten durch die Außenmauern gebrochen und vorgegebene besetzte Posten errichtet. Kanonendonner und Maschinengewehrfeuer dröhnten über die Stadt, während die erschreckten Bürger sich in Deckung brachten. Am Nachmittag stellten sich die verstärkten Regierungstruppen (sah in Regimentsstärke) in den schon Montag von den Schützlingen geräumten Steyr-Werken auf und gingen aus der Planke zum Angriff über. Beinahe ohne Verluste gelang ihnen der Sturm. Die Widerstandskämpfer wurden nun einzeln gefangen und nachher das ganze Wohnviertel abgeräumt. Es war 17 Uhr des zweiten Kampftages. — Immer wieder flackerte das Gewehrfeuer auf; die mit den Verlasteten wohlvertrauten Schützlinge suchten, wurden in diesen in großer Zahl von Heimwehrabteilungen, die die Ennsleite von hinten angegriffen hatten, abgefangen. Einige Schützlinge gelangten auf Schleichwegen nach Steyrsdorf hinüber. Schon den ganzen Tag hatten auch dort Kämpfe stattgefunden. Das unregelmäßig überbaute und wellige Terrain erschwerte die Aktionen sehr; verstreute Gruppen leisteten auch dort bis Mittwochvormittag Widerstand.

Die Verluste auf Seiten der Truppen und der Polizei sind gering und bemessen, daß die Anordnungen mit großer Vorsicht getroffen wurden: drei Tote, sieben Verwundete. Die Aufrechter hingegen mußten 12 Tote zurücklassen; 15 Schwerverletzte liegen in den Spitälern, etwa fünfzig wurden nur leicht verwundet.

Die genaue Zahl der betroffenen Schützlinge kann nicht angegeben werden, da viele von ihnen sich verdeckt halten oder geflohen sind. Groß sind die Schäden an jenen Wohnhäusern auf der Ennsleite, in denen die Schützlinge ihre Maschinengewehre hatten und die deshalb mit Artillerie bearbeitet wurden. Es ist ein Bild graufiger Verwüstung, das sich da den vielen Ruigerigen zeigt. Granaten und Schrapnelle haben nicht nur die Außenwände durchschlagen und im Innern ganze Zimmerrichtungen zu Staub zermalmt, auch innen wurden ganze Wände herausgerissen. Schon sind die baulichen Schäden nicht groß; man schätzt sie auf etwa 25.000 Schilling, die man aus den beschlagnahmten Waffen der Sozialdemokratischen Partei flüssig zu machen beabsichtigt. Angesichts der Zerstörungen muß man sich eingestehen, daß die Truppen alles getan haben, um nicht Unschuldige zu

treffen. Nicht neben einer vollkommen zerstörten Wohnung gibt es noch Hausfassaden, in denen keine einzige Scheibe zertrümmert ist. Militär und Polizei haben sich, wie feststeht, überaus tapfer gehalten und sind doch zugleich schonend vorgegangen. Wenn gegenwärtig die Zeitungen nur die Leistungen der Heimwehren erwähnen, so geschieht dies aus parteipolitischen Motiven. Die schwere Arbeit haben indessen Bundesheer und Polizei geleistet.

Die Aufregungen der Kampfstage sind vorüber, vollkommene Ruhe ist wieder hergestellt, aber ein schwerer Druck lastet über der Stadt. Die schreckliche Episode hat sich den Bürgern zu tief eingepreßt, als daß sie sie schon vergessen könnten. Sie fragen sich verängstigt, was aus der Stadt und Bevölkerung werden soll, deren Bürgermeister der Anführer der Schützlinge war? Eine sozialdemokratische Mehrheit von gestern wird nicht schnell zu einem vaterländisch gekennnten Blod von morgen, besonders wenn die Heimwehren von nun an die führende Rolle im Staate und in der Gemeinde übernehmen sollten.

## Arbeiterheim Ottakring

### Nach der Erstürmung

In der Kopfkraße, Ecke Bankengasse. Eine typische braungelbe Vorstadtkraße. An den Häusern Einschüß. Zerfetzte Fensterscheiben. Bröckelnder Mörtel. Hier stand eine Barrikade. Aus den Fenstern wurde geschossen, Major Wrabel verwundet. Noch erbittertere Kampfspuren aber zeigt der nächste Häuserblock zwischen Kreitzerstraße und Klausgasse. Das Militär konnte sich in den engen, scharfbeschoffenen Schächten dieser Gassen nicht entwickeln. Erst in der Nacht gelang es, an der Ecke Maschinengewehre aufzustellen. Die Artillerie des Bundesheeres postierte sich draußen in der Vorgasse der Gasse auf einem Erdbügel. Die Feldkanonen gaben halbdirekte Schüsse ab. Sechs Treffer trafen im Arbeiterheim. Aber dieses Gebäude mußte Meter um Meter erobert werden. Infanteristen drangen von rückwärts in den Hof des Cafes, saßen sich von allen Seiten beschossen, finden den Sitzgelegenheiten lange Zeit nicht, nachdem er endlich erndet, drängen sie höher und höher und müssen um jedes Stockwerk Blutia ringen. In einem Stock finden sie am Fensterrahmen einen Erhängten. Selbstmord? Racheakt? Man weiß es nicht.

Der Konsumverein ist ein mirrer Haufen von Büschen, Waren, Vassen, Brettern. Jrgendwo liegt noch ein Blindgänger. Man muß in das Vokal springen. Denn vor dem Eingang laßt ein breites, tiefes Rauerloch. Gelächter, einschlag. Man erinnert sich unwillkürlich mancher Bilder aus dem Weltkrieg. So zum Trümmerhaufen geschlossen waren die Häuser von Ronkalcene. Die Aufständischen der Klausgasse waren vorzüglich bewaffnet, aus den Fenstern regnete es Handgranaten. („Neues Wiener Tagblatt“)

## Um den Goethehof

Dachböden beschossen die Brücke mit Maschinengewehren. Barrikaden aus Kolonialfäbeln und Sitzbankbänken sperrten die Straße ab. Mittwochmittag wurde das Artilleriefeuer von der Reichsbrücke aus eröffnet. Eine Feinziementierbauhölzschling eine Weiche in die Hofstraße. Ein Ueberläufer errichten und meldete die Schützlinge seien abgezogen. Das Truppenkommando traute der Meldung nicht. An den Fenstern zeigten sich weiße Köpfe. Das Kommando entsendete einen Parlamentär am Vormittag; man solle die Frauen und Kinder wegschaffen. Oder man solle die Waffen zu den Fenstern herauswerfen. Die Antwort blieb aus. Nun mußte das Wirtshausfeuer eröffnet werden. In dem Komplex wohnen 3500 Personen. Als man den Hof genommen hatte, fand man nicht einen Toten oder Verwundeten; alles mit einer unheimlichen Geschwindigkeit weggeschafft wie in Heiligenstadt. . .

Das Cafe in diesem Riesenbau ist gänzlich ausgebrannt. Die Wandflächen der Seitenstraße zeigen schwere Beschösch-einschläge, viele Stellen tief, schwarze Wunden. . . Und dies alles spielte sich unter dem Namen Goethe ab, des größten deutschen Denkers. Trüben leuchtet die Krone der Notunde im Abendlicht auf, die Jubiläumskirche kreuzt ihre spizen Türme in die dunkelnde Luft. Man denkt an den edelsten Verkünder der Humanität.

## Schützlinge- Tragödien

### Die es nicht überleben mochten

Wiederholt hat es sich in den letzten Tagen ereignet, daß Angehörige der sozialdemokratischen Partei mit ihren Familienmitgliedern teils infolge seelischer Depression, teils aus Angst vor behördlichem Einschreiten Selbstmord begangen haben. In der vergangenen Nacht wurden in der Wohnung am Dreimarkstein Nr. 7 der Batteriewärter der häßlichen Elektrizitätswerke Karl Mager, seine Frau Leopoldine und der 14jährige Sohn des Ehepaares durch Feuchtgad betäubt aufgefunden. Kerze der Rettungsgesellschaft leisteten ihnen Hilfe.

Karl Mager gab an, er seit seit 29 Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei und seit dem Jahre 1927 Mitglied des früheren republikanischen Schutzbundes gewesen. Im vergangenen Herbst habe ihm ein Unbekannter verbotene Wechselläden in die Wohnung gebracht, die 1200 Patronen für Maschinengewehre enthalten hätten. Als Mager gestern nachmittag vom Dienste heimkam, teilte ihm die Frau mit, daß dem Appell des Bundeskanzlers zufolge nur dann Pardon gewährt werde, wenn verborgene Waffen und Munition bis 12 Uhr mittags abgegeben wären. Da diese Frist überschritten war, hat er aus Verzweiflung und aus Furcht vor gerichtlicher Verfolgung beschlossen, mit seiner Frau und dem Sohn in den Tod zu gehen. Sie haben Nixen der Tür und Fenster verklebt, dann den Gasbahn geöffnet, um zu sterben. Durch einen glücklichen Zufall konnten sie aber noch im letzten Augenblick gerettet werden.

## Brave Gefängnisbeamte

### Ein Trick als Lebensretter

Einer der am Freitagabend Verurteilten, dessen Hinrichtungsstunde auf Mittwochnacht festgesetzt worden war, konnte nur durch einen Trick der Gefängnisbeamten gerettet werden. Die Nachricht von seiner Begnadigung zögerte sich bis über die für die Hinrichtung angelegte Stunde hinaus. Um ihn zu retten, stellten die Beamten die Gefängnisuhr um eine Stunde zurück und verlängerten so die gewöhnliche Dreihundertstunde eigenmächtig um eine weitere Stunde. Zehn Minuten nach Mitternacht traf dann auch der Anwalt des Verurteilten mit der Nachricht von der inzwischen erfolgten Begnadigung ein.

## Nachdenkliches,

### sehr Nachdenkliches

#### Diesmal in der „Weltbühne“

I

Willi Schlamm schreibt: „Jamoht, Politik und Strategie dieser Parteiführung waren bis zum Tag der Expiration unklar und verhängnisvoll. Aber diese österreichische Sozialdemokratie hat im Todeskampf die Ehre des Sozialismus gerettet. Es ist vollkommen unumgänglich, ob einer aus der unerdienten Geborgenheit des Augenblicks sich zur österreichischen Sozialistenpartei bekennt, die an diesen Thermopolen des 12. Februar kämpft und fällt, wie es ihr das Geleg des Lebens, der Würde, der Freiheit befehlt; aber es ist vielleicht gerechtfertigt, da dieses Bekenntnis von einem kommt, der die Partei vor fünfzehn Jahren verlassen hat, damals, als sie zur Nacht kam. Es sei abgelegt vor aller Welt, weil eine Sorte in s a m e r V u r s a c h e n, die sich, von kommunistischen Arbeitern noch immer gebildet, „Kommunisten“ nennen dürfen, selbst jetzt nicht anders im Kopf haben — den die Insamieren zur Verteidigung der Arbeiterschaft in die Schlinge des Henkers steden — als die Insamierung der sozialdemokratischen Führer Oesterreichs: Die einzige Zeitung der Tschechoslowakischen Republik, die das absichtsvolle Vagengist des Hen über die „Leige Flucht von Otto Bauer und Julius Deutsch“ freit und mit Behagen weitergab, war der kommunistische „Rudn vecernik“ in einer Extrazugabe. Damit gibts jetzt und nicht mehr eine Diskussion.“

Wozu wir uns zu bemerken erlauben: Solche „Kommunisten“, solche „insamen Burichen“ gab es während der Kampfstage in den „kommunistischen“ Redaktionen allüberall. Wenn Willi Schlamm in Zukunft seinen Scharfsinn auch gegen die äußerste Linke behält, wird er solche Insamien täglich beobachten können.

II

Willi Schlamm schreibt noch:

Panzerzüge, Minenwerfer, Flugzeuge verteidigen in Wien das Recht auf feuerfreie Flugzeugs-Ansätze.

Die Panzerzüge, Minenwerfer und Flugzeuge der Arbeiter, — alles das zusammen ist der Generalkrieg. Und der gelang nicht. Das seit einem Jahr mit der ganzen österreichischen Arbeiterschaft als Signal zum Generalkrieg vereinbart war, trat alles an einem Tag ein: das Wiener Rathaus besetzt, Partei und Gewerkschaften verboten, Parteivorstand verhaftet, Arbeiterpresse zum Schweigen gebracht. Achtzigtausend Schützlinge und Parteifunktionäre legten ihr Leben ein; und die große Masse der Arbeiterschaft ging kampflos in die Fabriken. Ihre Häuser wurden vernichtet, ihre Kameras und ihre Führer rannten mit beinahe leeren Händen gegen Kanonen. — Sie aber, müde und mürr, bedienten die Maschinen, deren Stillstand wohl alles gerettet hätte. Zwei Monate vorher streikten die Wiener Zeitungsdarbeiter um zwei Schilling Lohnbifferenz; als es um die Differenz zwischen Schlächtereien und Sozialismus ging, verweigerten sie — „brave Arbeiter“ nannte sie der Minister — „Anschlag im Radio“ — den Schlächtern journalistische Bomben.

Bewiß kann man selbst das noch erklären: Jahre lang haben die österreichischen Arbeiter vergeblich auf die Auseinandersetzung gewartet; in Hungersjahren verloren sie das Vertrauen in ihre Gewerkschaften, die untätig dem Fortschritt der Welt zusehen haben; so oft machte der Parteivorstand nicht Ernst, daß sie ihn, als er es endlich tat, nicht ernst nahmen. All das ist richtig — und all das erklärt gar nichts. Das Brüllen der Kanonen, die ein Stück feingewordener Zukunft niederlegten, überdünnte in allen Fabriken Wiens den Maschinenlärm; draußen rannten ausgebeutete Arbeiterleider gegen Panzerautos — und drinnen wurden Schme genäht, Pantomimen gebeizt, Zeitungen gefest, Wasserwerke instandgehalten. Das nährliche einfache Bedürfnispaar: „die“ revolutionäre, kampfmüde Arbeiterschaft — „die“ verräterische, bremlerische Führung ist seit dem 12. Februar 1934 vollends unerträglich; man wird zutreten müssen.“

Wozu wir uns zu sagen erlauben: Wohl dem, der noch zutreten kann.

Es sah auch früher schon in der Arbeiterbewegung manches anders aus, je nachdem, ob man es vom verantwortlichen Führerstand oder vom Schreibfessel gutgemeinter und geistvoller Kritik beurteilte.

## Schwerste Kerkerstrafen für Wiener Straßenbahner

dnb. Wien, 17. Febr. Im Standrechtsverfahren gegen die Straßenbahner, die an den Kämpfen im Floridsdorf teilgenommen haben, wurde der Straßenbahner Miller zu lebenslänglichem schwerem Kerker, der Straßenbahner Sokol zu 15 Jahren schwerem verhängtem Kerker verurteilt.

## Die sechste Hinrichtung durch den Strang

dnb. Graz, 17. Febr. Der vom Standgericht zum Tode verurteilte Schützlinge, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes Stanel, ist Samstag nachmittag durch den Strang hingerichtet worden. Damit sind bisher insgesamt 6 Todesurteile vollstreckt worden.

## Die gesamte reichsdeutsche Presse in Oesterreich verboten

dnb. Wien, 17. Febr. Das Bundeskanzleramt hat heute ein uneingeschränktes Verbot für die gesamte reichsdeutsche Presse auf die Dauer eines Monats (vom 16. Februar bis 16. März) erlassen. Das Verbot erstreckt sich ausnahmslos auf den Postversand und den Straßenverkauf.

## Das Standrecht in Salzburg aufgehoben

dnb. Salzburg, 17. Febr. Das am 12. Februar über das Bundesland Salzburg verhängte Standrecht ist mit dem Samstag aufgehoben worden.

## Neues Standgerichtstodesurteil

dnb. Wien, 17. Febr. Das Standgericht beim Landesgericht Wien I verurteilte am Samstagnachmittag den Angeklagten Jakob Motz auf wegen Aufstands zum Tode durch den Strang.

## Neue Goldverluste

### Nur noch 10,4 v. H. Notendeckung

Nach der Verminderung des Goldbestandes der Reichsbank in der Vorwoche um 21,7 Millionen ist in dieser Woche wieder ein Abgang um 21,2 Millionen festzustellen, dem bei den deckungsfähigen Devisen ein Zugang von nur 0,9 Millionen gegenübersteht, so daß sich eine Gesamtverminderung der Deckungsmittel um 20,3 auf 343,3 Millionen ergibt.

Der Banknotenumlauf zeigt eine Verminderung von 37 auf 3295 Millionen, Scheidemünzenumlauf um 18 auf 1390 Millionen. Der gesamte Geldumlauf bewegte sich mit 5208 gegen 5121 i. V. und 5287 im Vormonat weiter leicht über Vorjahrshöhe. Die Notendeckung betrug am 15. Februar 10,4 Prozent gegen 10,9 Prozent am 7. Februar.

## Die Massen hungern

### Lebensmittelumsätze noch tiefer wie 1932

Die Forschungsstelle für den Handel errechnet für 1933 einen Umsatzrückgang des Kleinhandels um 3 v. H., nämlich von 21,5 auf 21 Milliarden Mark. Unter den für einzelne Zweige und Betriebsformen des Einzelhandels angegebenen Zahlen fällt auf, daß es vor allem die Entwicklung der Nahrungs- und Genussmittelumsätze ist, die nach Feststellung des Konjunkturinstituts das Gesamtergebnis ungünstig beeinflusst haben muß, und zwar bis zum Schluß des Jahres. So soll der Umsatz der Lebensmittel- und Kolonialwarengeschäfte im ganzen Jahr um 6,4 Prozent und selbst noch im Dezember um 1,6 Prozent niedriger gewesen sein als im Vorjahr. Als weitere Gruppen, deren Umsatz hinter dem des Vorjahrs noch wesentlich zurückgeblieben ist, werden, abgesehen von den Waren- und Kaufhäusern (Rückgang insgesamt 18,7 bzw. 13,5 Prozent), folgende genannt:

	Dez.:	Gesamtjahr:
Butterfilialgeschäfte . . . . .	— 5,3 Pat.	— 13,5 Pat.
Filialunternehmungen für Kaffee und Tee . . . . .	— 13,5 Pat.	— 8,0 Pat.

## Absturz

### Deutschlands Linoleumausfuhr

Der Auslandsabsatz der deutschen Linoleumindustrie hat seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise einen anhaltenden Rückgang aufzuweisen. Deutschlands Ausfuhr von Linoleum-Fußbodenbelag ist, nachdem sie 1929 einen Rekord von 146 622 Doppelzentner erreicht hat, im Jahre 1930 um rund 11 Prozent auf 130 434 Doppelzentner, 1931 um 23 Prozent auf 101 011 Doppelzentner, 1932 um 32 Prozent auf 68 709 Doppelzentner und im abgelaufenen Jahr erneut um 14 Prozent auf 58 791 Doppelzentner gesunken. Die Ausfuhr war somit im letzten Jahr der Menge

nach um annähernd 60 Prozent geringer als im Rekordjahr 1929.

Dem Wert nach hat sich die Ausfuhr gleichzeitig sogar um etwas über 64 Prozent vermindert, nämlich von 16,91 Millionen Reichsmark 1929 auf 15,44 Millionen Reichsmark 1930, 12,28 Millionen Reichsmark 1931, 7,70 Millionen Reichsmark 1932 und 6,03 Millionen Reichsmark 1933.

Ausfuhr in ds nach	1929	1931	1932	1933
Schweden . . . . .	29 383	15 378	12 566	12 571
Schweiz . . . . .	16 178	12 214	9 531	10 688
Holland . . . . .	11 564	3 668	5 192	5 807
Norwegen . . . . .	7 138	7 382	7 209	5 299
Finnland . . . . .	7 153	5 723	4 949	4 515
Dänemark . . . . .	11 018	10 814	6 441	4 151
Tschechoslowakei . . . . .	16 933	11 921	3 890	2 461
Frankreich . . . . .	14 136	7 565	5 851	2 253
Oesterreich . . . . .	8 164	9 814	3 337	1 241

## Pflichtsinnungen

Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister den Landesregierungen ein Rundschreiben über die Durchführung des Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks zugehen lassen. Er kündigt darin an, daß die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften in Kürze erlassen würden. Auf dem Gebiete des Innungswesens würden sie grundlegende Änderungen bringen, da an Stelle von freien Innungen und Zwangsinnungen in Zukunft nur noch Pflichtinnungen bestehen würden. Deshalb sei es, wie der Minister betont, völlig unerwünscht, etwa jetzt noch freie Innungen für das Handwerk zu errichten. Entsprechende Anträge sollten abgelehnt werden. Auch die Errichtung von Zwangsinnungen erscheine nicht mehr zweckmäßig. Wohl aber sei zu empfehlen, daß schon jetzt durch die Handwerkskammer und Verbände Pläne für die künftige Pflichtorganisation entworfen würden, so daß diese nach Erlass der Verordnung im allgemeinen sofort in Kraft gesetzt werden könne. Der Bezirk der einzelnen Pflichtsinnungen solle möglichst mit den Grenzen unterer Verwaltungsbezirke abschließen. Wo die Zahl der Betriebe des gleichen Handwerks zur Bildung einer lebensfähigen Innung nicht ausreiche, sollten verwandte Gewerbe zusammengeschlossen, und die noch übrig bleibenden Betriebe auf die Innungen nach ihrem nächsten Verwandtschaftsgrad verteilt werden. Bei Handwerkszweigen, die zum Reichsnährstand gehörten, empfehle es sich, nur reine Fachinnungen vorzubereiten.

## Keine Zurücksetzung!

In einer Buchdruckerversammlung in Wuppertal sprach Pa. Thönn Er betonte, daß es keine Zurücksetzung der übrigen deutschen Volksgenossen sei, wenn alle verantwortlichen Stellen nur mit Nationalsozialisten besetzt würden, denn die Regierung müsse Sicherheiten haben, daß ihre Aufmerksamkeit am deutschen Volke auch wirklich durchgeführt wird.

## Der erste Spatenstich

Der neudeutsche Bronze beschäftigt sich. Vor ausgehungerten Arbeitlosen  
Bollt er in Stulpen und braunen Hosen  
Symbolisch den ersten Spatenstich.  
Dann überläßt er die weitem  
Gnädigt den Zwangsarbeitern.

Er hält eine Rede. (Marke: Leifaden für Geisteschwache.)  
Die Rede ist Sache!

Also, mal herhören, Volksgenossen.  
Heil Hitler! Doch mit den dreckigen Flossen.  
Wir schlagen die siegreiche Arbeitsschlacht der Welt.  
Und unsere Erwerbslosengiffer, die fällt,  
Seitdem wir hitlerische Eintopfergerichte kochen  
Maunierbrochen.

Das ist phänomenal! Pyramidal!! Kapital!!!

Hebrigens: Kapital.

Diese marxistische Einrichtung ist vollkommen ex.  
Der Führer besiegte sie im Geiste des Hitlerjungen Quex.  
Marxistisch-kapitalistischer Tariflohn wird nicht mehr  
[geahnt.]

Damit der Stern unserer Volksgemeinschaft heller erstrahlt!  
Denn es steht in unseren sämtlichen unabänderlichen  
[Programmen:]

Volk und Führer gehören eilern zusammen.

Ihr seid das Volk. Ihr habt gemeinschaftlich zu parieren  
Wir sind die Führer. Wir befehlen und profitieren.  
Ihr seht, wir sind füreinander da.  
Das übrige regelt die SS. und SA.

Achtung! Marxist Meier, nehmen Sie die Nase gerade in  
[das Gesicht.]

Hier wird jetzt umgehend selerlich gelpatentlicht.  
Stilgelanden! Schulter! Schaufel, Hacke und Spaten.  
Abteilung marsch! Euer Brot ist die Ehre, ihr Arbeits-  
[soldaten.]

Das ist die Rede. Anschließend wird dann spatengeistlich,  
Und abends wird feuerermäßigter Sekt gepfeift.

Recht so, ihr geistigen Schicksalskräppl.  
Kautet das eigene Volk mit Fäße, Gungger und Anüppel.  
Aber merket: Jeder Spatenstich, den ihr gefeiert habt,  
Ist ein Stich zu dem Grabe, das ihr euch selber grabt.

Der Rote Hand.

## Führer der Kochkunst

Pa. Wolfersdörfer hat die „Gesellschaft zur Förderung der Kochkunst“ gegründet. Verwaltungsdorgane der Gesellschaft: Der Führerrat und das von ihm bestellte Kuratorium. Wolfersdörfers Schlusswort bei der Gründung: „Klang aus in ein dreifaches Sieg-Heil! auf den Führer!“

## „Fröhlich Pfalz“

### Ein Bericht

Jede Unterhaltung mit Angehörigen der verschiedensten Erwerbslosenschichten ergibt, daß niemand aufrichtig von einer Besserung seiner Lage sprechen kann. Die zahlreichen schweren Verhaftungen wegen kritischer Äußerungen vermochten nicht die Stimme der Kritik zu ersticken. Wer den Umfang und die Schärfe der Kritiken kennt, ist erstaunt, daß an der Schärfe gemessen, mit der alle Niedermacher ausgetrotzt werden sollen, eigentlich sehr wenig Anzeichen erfolgen. Es wird nicht nur geschimpft über die persönlich fühlbaren Auswirkungen verfehlter Maßnahmen, auch Gerüchte über Streitigkeiten unter den Führern, über schlechten Lebenswandel, stilles und strafrechtliches Verbleiben werden sehr fleißig kolportiert und verbreitet bis in die entlegensten Dörfer. Da die Zeitung nicht mehr interessant ist, blüht die Verbreitung von Sensationen auf dem Weg der gegenseitigen Aufklüftung, wobei das, was kolportiert wird, auch so ziemlich jedermann erzählt.

In einer solchen Atmosphäre mußte natürlich die Verbreitung von Flugblättern, in denen bekannte Führer als Säuser, Schlemmer und Plünderer der öffentlichen Kassen und des Winterhilfswerts beschuldigt werden, großes Aufsehen erregen.

Trotz schärfster Maßnahmen, Durchsuchungen, Verhaftungen, Verstärkung des Kriminaldienstes u. a. geht das Flugblatt immer noch von Hand zu Hand, bringt sogar über den Verteilungsbesitz weit hinaus und bildet nun seit zwei Wochen das Tagesgespräch, wobei mit teilweise sehr massiven Beweisen die Richtigkeit der Anklagen unterstrichen wird. In diesem Zusammenhang war dieser Tage der Ausspruch eines ehemaligen Naziwählers vom Lande interessant, der sagte: „Es wird wohl richtig sein, daß es unter den früheren Regierungen Leute gab, die zu hart für sich sorgten. Aber gegenüber den habgierigen und eigennütigen Bonzen von heute waren sie sicher harmlos.“

Der Sonderkommissar Dr. Caspary hat an mehr als 1000 Wohlfahrtsarbeiter wegen der Flugblattverteilung eine Rede gehalten, die viel besprochen wird. Neben der üblichen Androhung von Schubhaft und handrechtlicher Erschießung soll er auch dem Sinne nach gesagt haben: „Ihr habt nichts zu tun als zu arbeiten und eure von uns aufgetragenen Pflichten zu erfüllen. Ihr habt weder zu denken, noch zu kritisieren. Wir denken und handeln für euch, ihr habt euch zu fügen und zu gehorchen.“

Einer sehr scharfen Kritik wird die sogenannte „Winterhilfe“ unterzogen. Es kann natürlich nicht verborgen bleiben, daß zunächst einmal ganz offen partiell verfahren wird.

Dabei erhalten Leute Unterstützung, die es gar nicht nötig hätten, während dringend Bedürftige leer ausgehen. Im Verhältnis zu den kolossalen Anforderungen an alle Schichten der Bevölkerung bei der Sammlung wird sehr wenig gehalten. Vorauszahlungen erfolgen überhaupt nicht. Die Ausgabe von Lebensmittel ist äußerst gering, fast nicht nennenswert. Mit den Gutscheinen dürfen nur Bekleidungsstücke gekauft werden. Den meisten Bedürftigen fehlt es aber in erster Linie an der Nahrung. Sie verkaufen deshalb

ihre Gutscheine, um sich Nahrung kaufen zu können. Die Verhaftungen wegen diesem „Verbrechen“ sind deshalb jetzt eine sehr alltägliche Erscheinung.

Der Spielbürger ist an einer wunden Stelle getroffen durch die rigorosen Steuererhebungen, die auch ein Objekt scharfer Kritik bilden.

Staat und Gemeinden gehen dabei härter vor, als es jemals der Fall war. In Stadtratssitzungen und in den Lokalzeitungen wird immer wieder an das vaterländische Pflichtbewußtsein appelliert, das die pünktliche Abführung aller Abgaben verlange. Schamige werden als Saboteure des Renaissances des Reiches bezeichnet. In den Dörfern, die früher jede Bürgersteuer ablehnten und sich auch nicht einschütern ließen durch den Entzug der Zuweisungen für die Erwerbslosen, weil sie gar kein Interesse hatten an deren Unterstützung, ist jetzt fast überall auf Befehl die Bürgersteuer durchgeführt worden und hat die Bauern, die wirklich an die Aufhebung aller Steuern unter Hitler glaubten, sehr verärgert.

Die Erregung wegen dem Erbhofgesetz vergrößert sich auf dem Lande von Tag zu Tag.

Der Bitte um nähere Aufklärung darüber, was bis jetzt in der Sache bekannt ist, wurde übereinstimmend von einigen Bauern in folgender Weise entsprochen: Jeder Hof von 25 Morgen ab, von Fall zu Fall auch kleinere Höfe, vererbt sich automatisch auf das älteste männliche Glied der Familie. Bei kleineren Gütern auf den Jüngsten. Der Erbhoferbe ist den übrigen Familienmitgliedern gegenüber zu nichts verpflichtet, als zur Gemahrung des Lebensunterhalts. Dies wird als Fronarbeit der entschädigungslos Entertien bezeichnet. Die Erbhoffamilie ist ohne jede geldliche Leistung zur Arbeit verpflichtet und verliert jede Freizügigkeit. Das wird als Rückfall in die Feudalzeit bezeichnet. Sobald ein Erbhof beerbnet ist, wird ein Entschuldungsverfahren eingeleitet. Der Staat löst die Hypotheken ab und verwandelt sie in langfristige Darlehen. Die Ableistung an den Staat darf nicht höher sein, als der jährliche Ertragsüberschuss. Zwangsmassnahmen zur Einreißung von Schulden sind ausgeschlossen. Ein Verkauf von Grund und Boden kann nicht stattfinden. Der Erbhofberechtigte hat nur noch Verfügungsgewalt über eine Kredithöhe bis zu 100 Mark. Er hat also die Verfügungsgewalt über seinen Besitz verloren. Ist der Erbhof ohne männliche Nachkommen, so erben die männlichen Nachkommen väterlicherseits. Die Töchter gehen also leer aus. So ist also den Bauern die Sache bekannt und da von den Erzählungen der Großväter her die früheren traurigen Verhältnisse der Bauern sehr gut bekannt sind und auch die Namen Stein — Hardenberg bei den Bauern einen guten Klang haben, ist die Erregung verständlich.

Wenn die Unterdrückung nicht zu brutal wäre, wenn auch nur die Verteilung von Flugblättern auf dem Lande möglich wäre, könnten die dem Mittelalter zuzurechnenden Nachkommen von heute ihr blaues Wunder erleben. Jedenfalls verdient die ungeheure Demütigung der Bauernschaft die größte Beachtung.

Auf die Aufklärung im Herbst, es würden in größerem Umfang Staatsdarlehen zum Wohnungsbau verteilt, meldeten sich zahlreiche Interessenten aus Stadt und Land. Nun wurde den Leuten erklärt, die Darlehen könnten

wegen Mangels an Geld nicht gewährt werden, aber es werde empfohlen, dem Baumeister einen langfristigen Wechsel zu unterzeichnen, so daß alle Bauvorhaben durchgeführt werden könnten. Es wäre sehr interessant zu erfahren, ob solche Vorschläge auch in anderen Teilen des Reiches gemacht wurden. Das wäre natürlich ein ungeheurer Schwindel. Der Geldmangel würde angeblich durch gut gedeckter Wechsel behoben. Aber es ist ja bekannt, daß ein fertiggestellter Neubau gegenwärtig nirgends zur Fertigstellung verkauft werden kann. Niemand hat in den letzten Jahren Häuser gebaut zum Verkauf. Das wäre nicht möglich gewesen. Nur mit Hilfe der billigen Staatsdarlehen oder infolge genossenschaftlichen Zusammenschlusses war es möglich, dem Bedürfnis nach Wohnungen entgegenzukommen. Da sich dieser Zustand nicht geändert hat, wären die an Stelle von Staatsdarlehen ausgetragener Wechsel ein großer Schwindel und dies scheinen die Beteiligten auch begriffen zu haben.

Wir sind aus guter Quelle darüber unterrichtet, daß innerhalb der katholischen Geistlichkeit ziemlich heftige Auseinandersetzungen darüber stattfinden, ob ein weiteres flüchtiges Zuleben gegenüber den sehr unchristlichen Vorkäufen angebracht ist oder nicht.

Verzinkt haben die Nazis bereits Kenntnis von der Einstellung opponierender Geistlicher und drohen mit Verhaftung. Der früher gewohnte Respekt vor der Geistlichkeit schwindet durch die Art, wie die Nazis mit ihnen umgehen, immer mehr. Daraus resultiert auch hauptsächlich der Wille, sich anzuknüpfen.

Die Erziehung zur Mehrfahigkeit des Volkes ist nun schon soweit gediehen, daß von verschiedenen Orten übereinstimmend gemeldet wird, daß sogar für die Schuljünglinge schon Schießübungen abgehalten werden.

Die Abnagelmärche und Geländebewegungen der SA. sind bereits ein gewohntes sonntägliches Bild und werden auch bei Schnee und Kälte fortgesetzt. Dieser Drill ist natürlich auch bereits scharfe Kritiken aus. Man erzählt sich gegenseitig, ein müde und durchnäßt heimgekommener SA-Mann habe seine Kleider auf den Stuhl geworfen, sich ins Bett gelegt und seiner Mutter zugerufen, da auf dem Stuhl liegt der SA-Mann und im Bett der Kommunist.

Von den zahlreichen pfälzlichen Schutzhaftlingen, die nach Tschau kamen, sind nur etwa 4—5 bis jetzt entlassen worden. Sie sind sehr eingeschüchtern und völlig schweigsam, was man bei der bekannten Methode und der Gefahr neuer Verhaftungen wohl verstehen kann.

Dem Faschingsdrummel ist im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsanfurbelung weiter Spielraum gelassen worden, aber weder die Geschäftskreise noch die Vermögensbesitzer sind nach den bisherigen Erfahrungen auf ihre Rechnung gekommen.

Als einziger Fortschritt ist zu verzeichnen, daß rückständige Betriebskrankenkassen aufgelöst und den Ortskrankenkassen einverleibt wurden. Gegenwärtig laufen auch Verhandlungen, sogenannte Distriktskrankenkassen mit den Ortskrankenkassen des Bezirksamtsbezirks zu verschmelzen.

Jahrliche Notstandsarbeiten und Projekte für Wohlfahrtsarbeiten mußten wegen der ungünstigen Witterung eingestellt werden. In zahlreichen Gemeinderatsberichten liest man das Bedauern über die Ablehnung vorgeschlagener Projekte wegen Geldmangels.

# Genf und die Saar-Abstimmung

## Zum Abschluß

der 2. Tagung des Genfer Dreier-Ausschusses!

Es steht nunmehr endgültig fest, was wir bereits am Samstag berichteten: Die Regierungskommission wird während der Abstimmung ihre normalen Funktionen beibehalten und nicht vor einem Abstimmungsausschuss demissionieren. Die Aufgaben des technischen Abstimmungsausschusses sollen durch den Juristenausschuss näher umrissen werden, aber der hitler-amtliche Wunsch nach einer vorherigen Beseitigung der Regierungskommission hat keinerlei Aussichten. Den ganz wilden Schmerz über diese Niederlage kleidet das hitler-amtliche Deutsche Nachrichtenbüro (das damit zugleich die Samstag-Meldung des Saarbrücker „Abendblattes“ demontiert) in folgenden amtlichen Kommentar: „Sehr bedenklich erscheint uns, daß zweifellos die Absicht besteht, auch der Regierungskommission des Saargebietes bestimmte Aufgaben für die Durchführung der Abstimmung zuzuweisen.“ Wir kondolieren! Bedenklicher noch ist aber die Tatsache, daß die gleichgeschaltete Saarpresse diesen Satz des amtlichen Nachrichtenbüros fälscht: Sie unterschlägt die Worte: sehr bedenklich! Wirklich sehr bedenklich!

Der Dreier-Ausschuss hat seine 2. Tagung am Samstag beendet, nachdem er in seiner Schlußsitzung nochmals mit dem Präsidenten der Regierungskommission, Herrn Knox, konferiert hatte. Er hat ein Kommuniqué herausgegeben, das einen sehr grundlegenden Unterschied macht zwischen „allen Fragen, die mit der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung zusammenhängen“ und den „verwaltungstechnischen und juristischen Aufgaben, die sich im Laufe der Abstimmung ergeben werden“. Das hitler-amtliche Deutsche Nachrichtenbüro hat dem noch hinzugefügt, daß die Frage der Polizeitruppen oder die der Verstärkung der lokalen Polizeitruppen als noch nicht spruchreif vertagt worden seien. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ versteht diese Meldung mit folgendem Kommentar: „Das ist — wenn Worte einen Sinn haben sollen — kein leicht zu nehmendes Wort in einer wichtigen Erklärung. Der Dreier-Ausschuss hat damit also zu verstehen gegeben, daß für ihn die Frage der Entsendung von „Polizeikräften“ noch spruchreif wird.“ Dazu kann man nur sagen: Wenn der Terror der sogenannten „deutschen Front“ so weiter geht wie bisher, dann dürfte wohl die „Landeszeitung“ recht behalten — dann hätten sich allerdings auch die Gleichgeschalteten selbst zuzuschreiben, daß der Ausschuss zu diesem Mittel greift.

Selten noch hat ein Völkerbunds-ausschuss (so restlos natürlich bis auf die ewig unzufriedene Hitlerei!) den Beifall, die Zustimmung und die einstimmige Anerkennung der gesamten Weltöffentlichkeit und ihrer Presse gefunden, wie das Dreier-Komitee des Völkerbundes zur Vorbereitung der Klärung der Fragen zur Saar-Abstimmung. Und zwar gilt dies ausnahmslos von allen drei Herren der Kommission, und nur die Presse-Kulis Sitters versuchen, auf höhere Anweisung, in der plump-

sten Weise einen Keil zu treiben zwischen den gleich ersten Bemühungen der Herren Aloisi und Madariaga. Auch ist erneut übereinstimmend in der ganzen Weltpresse registriert worden, wie vertrauensvoll und eng das Zusammenarbeiten zwischen dem Dreier-Komitee und der Regierungskommission, insbesondere ihrem Präsidenten Herrn Knox gewesen ist, die kindischen und lächerlichen Diffamierungsversuche der Hitler-Presse gegen den Präsidenten der Regierungskommission sind dadurch erneut mit einer lässigen Handbewegung der Kommission unter den Tisch gefallen.

Für die 3. Tagung Mitte März eröffnen sich damit gute Perspektiven einer erfolgreichen weiteren Förderung des Gesamtproblems.

M. B.

## Frei, geheim und ehrlich

Der Genfer Dreierausschuss

Genf, 17. Februar 1934.

Ueber das Ergebnis der Tagung des Dreierausschusses zur Vorbereitung der Saar-Abstimmung wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Der Dreierausschuss hat vom 15. bis 17. Februar unter dem Vorsitz des Barons Aloisi getagt. Ihm lag eine Denkschrift des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, vor. Der Ausschuss hat alle Fragen, die mit der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung zusammenhängen, gründlich geprüft mit dem Ziel, die Freiheit, das Geheimnis und die Ehrlichkeit der Abstimmung zu sichern im Einklang mit dem Auftrag, den ihm der Völkerbundrat am 20. Januar erteilt hat. Er hat eine gewisse Zahl von Fragen juristischer Art einer Prüfung durch Juristen vorbehalten. Er hat weiter die verwaltungstechnischen und juristischen Aufgaben geprüft, die sich im Laufe der Abstimmung ergeben werden, um sie zwischen dem Völkerbundrat, der Regierungskommission und denjenigen Organen aufzuteilen, die zu diesem Zwecke eingesetzt werden müßten. Im Hinblick auf die Berichte der Juristen, die ebenfalls berücksichtigt werden sollen wie die offiziellen Ansichten der Regierungskommission, hofft der Ausschuss in seiner nächsten Tagung die Vorarbeiten vorbereiten zu können, die der Völkerbundrat von ihm für seine Maitagung verlangt hat.

Die nächste Tagung des Dreierausschusses über die Volks- abstimmung im Saargebiet findet voraussichtlich am 15. März statt. Bis dahin hofft man von dem Juristen- ausschuss eine Antwort auf eine Reihe von Fragen erhalten zu haben, deren Fragebogen noch geheim gehalten wird, der aber zweifellos die Frage, wer abstimmungs- berechtigt ist, die Frage der gemeinde- oder bezirkswellen Abstimmung und die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen der Regierungskommission und dem technischen Abstimmungsausschuss enthält.

## Herrenreiter Papen

Ein „Führer“ auf einer sogenannten Führertagung

Auf der sogenannten Führertagung des Bundes der Saar- vereine sprach in Koblenz am Sonntag unter anderem Vize- lansler v. Papen. Nach dem Bericht des deutschen Nach- richtendienstes sagte er unter anderem wörtlich:

„Für uns kommt keine andere Lösung an der Saar in Frage, als die vollständige Rückgliederung des Saarlandes zum Reich. Eine Lösung auf der Grundlage des Status quo ist keine Lösung, die den Frieden in sich trägt oder den Frieden garantiert.“

Damit wiederholt Papen, nur in etwas deutlicheren und un-

verhüllteren Wendungen, Sitters' stereotypen Satz, daß nur noch die Saar zwischen Deutschland und Frankreich — und dem europäischen Frieden stehe!

Im übrigen hat darüber, ob der Status quo eine Lösung ist oder nicht, nicht Herr von Papen oder Herr Sitter zu befinden, ja, sie haben sogar nicht einmal mehr mit darüber zu bestimmen, seitdem sie aus dem Völkerbund ausgeschlossen sind, — sondern diese Frage entscheidet einzig und allein der Völkerbund. Nicht einmal die Abstimmung des Saarpölkers selber, so bedeutungsvoll sie auch ist, ist dafür das einzige und entscheidende Kriterium, sondern lediglich die Gesamtbeurteilung der Frage durch den Rat, wie sie der Vertrag vorsieht! Und auch Kriegsdrohungen ändern daran nichts!

Herr von Papen hat dann noch ein Eingeständnis gemacht: Er fürchtet, daß bei einer Rückkehr der Saar zu Deutsch- land „die Saarwirtschaft einstürzen würde“ und löst dann dieses ganze, schwierige und komplizierte Pro- blem mit dem schäbigen phrasenreichen Satz: „Die Reichs- regierung ist bestrebt, die gesamte Saarproduktion im eigenen Raume unterzubringen!“ Da kann man nur sagen: Nicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume kochen sich die Sachen! Hitler-Deutschland wird niemals in der Lage sein, die gesamte Saarproduktion auch nur an- nähernd in seinem eigenen Raume unterzubringen: Alle in a. der Ruhr liegen 10 Millionen Tonnen Kohlen auf Halde und sind prozentual doppelt so viele Bergarbeiter zur Ent- lastung gekommen, als an der Saar! Aber Herr von Papen ist ein guter Herrenreiter und hat schon in vielen Zetteln gelesenen. Es kommt ihm auf einen Zettel mehr nicht an, auch wenn er die Mähre, die er darunter spornt, zu schanden reiten sollte!

## Wachsende Freiheitsfront

Ueberfüllte Kundgebungen

Die Zahl der Anhänger der deutschen Freiheitsfront an der Saar wächst von Woche zu Woche. Ein deutlicher Beweis für das gesteigerte Interesse, dem sie besaßen, sind die macht- vollen Kundgebungen. So fanden am vergangenen Sonntag in Fischbach, Böllingen und Wellesweiler Versammlungen statt, die den Rahmen des Heblischen im Saargebiet bei weitem überschritten. In Böllingen hatte sich die Besucherzahl gegenüber der letzten Kundgebung um das Dreifache gesteigert. In Fischbach, wo gerade die Gleichschaltungswelle ihren Höhepunkt erreicht hat, war das Interesse größer als je. In Wellesweiler hatten sich über- tausend Personen eingefunden. Die als Sprecher auf- tretenden Genossen Max Braun, Paul Waders und Richard Klrn fanden eine ausgezeichnete Stimmung und starken Kampfwillen vor. Vor allem die letzten Ereignisse in Oesterreich haben aufstrebend im Saargebiet gewirkt. Die Front der Freiheitsliebenden an der Saar schließt sich fester zusammen.

## Albert I.

Der jähe Tod des Königs der Belgier

Unter seltsamen Umständen, die trotz umfangreicher Mel- dungen keineswegs geklärt sind, ist am Samstagmorgen Albert I., der König der Belgier, ums Leben gekommen. Er fuhr in Begleitung seines Kammerdieners in die Ardennen in der Nähe von Ramur und erlamm dann allein einen 200 Meter hohen Felsen. Später entdeckte man in einer Schlucht seine Leiche. Der Kopf des Königs war zer- schmettert; der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein.

König Albert von Belgien gehörte zu den europäischen Staatsoberhäuptern, von denen man nur wenig sprach. Er besaß menschliche Eigenschaften, die ihm auch bei Republi- kaniern und Sozialisten große menschliche Achtung eintrugen. Als 1914 die deutschen Heere in Belgien eindrangen, begab er sich zunächst nach Frankreich; später stellte er sich an die Spitze der belgischen Truppen und kämpfte tapfer. In der Öffentlichkeit sah man ihn noch bis zuletzt in der gelben Kaki-Uniform der Soldaten. Er besaß in seinem Lande eine nicht geringe Popularität. An einem härteren äußeren Hervortreten hinderte ihn schon die belgische Verfassung. Die ihm auferlegten repräsentativen Pflichten erfüllte er immer mit Zurückhaltung und Objektivität. Emil Vandervelde, der mit dem König häufig in grundlegenden politischen Fragen des Landes beratend wirkte, rühmt ihn anlässlich seines Todes als einen Mann, der höchste persönliche Wert- schätzung immer verdient hat.

Albert I. ist 59 Jahre alt geworden. Als Nachfolger Leopold II. bestieg er am 17. Dezember 1909 den belgischen Thron. Seit 1900 war er mit der bayerischen Prinzessin Elisabeth vermählt. Sein ältester Sohn Leopold, der jetzt 32 Jahre alt ist, wird sein Nachfolger.

In Belgien hat der jähe Tod des Königs große Trauer hervorgerufen. Bis zur Bereidung des neuen Königs übernimmt der Ministerrat die Regierungsgeschäfte. Aus allen Teilen der Welt laufen Beileidstelegramme ein. Große Beisetzungsfeierlichkeiten sind in Vorbereitung.

## Offizielle Trauer in Paris

Paris, 19. Februar. Die Morgenpresse erscheint anlässlich des Todes des belgischen Königs zum großen Teil mit einem breiten Trauerrand. Die Blätter widmen König Albert weit- laufende Artikel, in denen sie nicht nur seine Haltung wäh- rend des Krieges, sondern auch in den Nachkriegsjahren unterstreichen und darauf hinweisen, daß es ihm trotz des auch in Belgien scharfen Parteikampfes gelungen sei, den richtigen Ausgleich im Interesse des Landes zu schaffen.

Der französische Staatsoberhaupt wird sich in Begleitung des Außenministers Barthou und des Kriegsministers Mar- schall Petain nach Brüssel begeben, um an den Beisetzungs- feierlichkeiten teilzunehmen. Ministerpräsident Doumergue und die beiden Staatsminister Berthelot und Tardieu reisen bereits heute nach der belgischen Hauptstadt, um sich vor den sterblichen Überresten des Königs zu verneigen. Die französischen öffentlichen Gebäude haben halbamt ge- schloßt, auch die Marine ist angewiesen worden, die Flaggen auf halbmast zu setzen. Die offizielle Trauer ist auf einen Monat festgesetzt worden.

Der Streik der Pariser Autobroschensfahrer ist trotz der Bemühungen des Arbeitsministers noch nicht be- endet. Die Streikenden haben am Sonntag erneut eine Sitzung abgehalten und beschlossen, den Streik bis zur voll- ständigen Anerkennung ihrer Forderungen fortzusetzen.

In den späten Abendstunden des Sonntag verbreitete sich in Wien das Gerücht, daß in Simmering drei Poli- zisten von Schusswunden getötet worden seien sollen. Der deutsche Schachmeister Dr. Tarrasch ist in München im 72. Lebensjahre gestorben.

# Schutz den Redakteuren!

Eine bemerkenswerte Verordnung

Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Landesrat einen Verordnungsentwurf nebst Begründung zugehen lassen, dessen entscheidende Sätze lauten:

Artikel 1.  
§ 240 a.  
Wer es unternimmt, widerrechtlich einen Redakteur, ein anderes Mitglied einer Redaktion oder den Verleger einer periodischen Druckchrift durch Gewalt oder Drohungen zu einer bestimmten Gestaltung des Inhaltes einer periodischen Druckchrift zu nötigen, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft.  
Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnis- strafe nicht unter einem Monat ein.  
Die §§ 42 a und 42 b StGB. finden keine Anwendung.

Artikel 2.  
Diese Verordnung tritt in Kraft einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt. Alle ihr entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

## Die Begründung

„Gegen das Verbrechen der Nötigung!“

Am 27. Januar 1934 wurde in einer Saarbrücker Tages- zeitung ein Schriftstück folgenden Inhalts veröffentlicht:

„An die Redaktionen!  
Ich habe mit Entrüstung festgestellt, daß einzelne Redak- tionen dazu übergehen, in der Denkschrift der Deutschen Front des Landesrates gewisse Sätze, die den Präsidenten Knox betreffen, heranzukritisieren. Diese mangelnde Zivil- kurage sieht den Kollegen, die das tun, zum Verzweifeln ähnlich. Leider bewahrt sie sich mit diesem Verhalten das Bistat: Deutlich die Saar immerdar — nur gegen bar! Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, soll damit lediglich gesagt sein, daß entgegen den Bestimmungen des nun in Kraft tretenden Schriftleiter- gesetzes anschließend die Kollegen, statt dem Ethos ihres Berufes zu dienen, noch geschäftliche Interessen vertreten, die sie, was ich ausdrücklich betone, gar nicht angehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich diese Methode mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln unterbinden werde. Ich erlaube die Redaktionen dringend, um die Ein- heitlichkeit der Berichterstattung zu gewährleisten, und der Regierungskommission keine Handhabe zu geben, gegen

eine einzelne Zeitung vorzugehen, derartige Maßnahmen, sofern sie getroffen sind, sofort zu inhibieren. Ich werde mit Herrn Staatsrat Spaniol zusammen, der mit mir diese Auflassung ausdrücklich lehnt, darauf bestehen, daß das strengste daran stehen, daß die Kollegen Solidarität wahren. Ich gehe sogar so weit, ich schon den Ausschluß aus dem Verein der Saarpresse anzu- drohen und darüber hinaus auch zu ver- sichern, daß ich bei dem Urteil über die Ausnahme in die Berufliche diejenigen Kollegen, die sich ein derartig unalle- giales Benehmen zuschulden kommen lassen, mit Entschiedenheit ablehnen werde.

Pressereferent der RSDAP, Saargebiet und der Deutschen Front.

Die Ausführungen, die der Pressereferent in der vor- liegenden Anordnung macht, werden von mir restlos ge- billigt und gedeckt.

Spaniol, Preussischer Staatsrat.

Auf diese Veröffentlichung hin erschien in der Tagespresse vom 28. und 29. Januar 1934 ein Artikel, in welchem das tatsächliche Benehmen des vorstehenden Schrei- bers angegeben wurde.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung kennzeichnet gewisse Behauptungen, die unter den jetzigen im Saargebiet abwal- tenden Umständen darauf hinausgehen, die berufliche Freiheit des Journalistenstandes zu unter- graben. Derartige Vorgehen muß die Regierungskommission entgegenstehen, da ihr die Pflicht obliegt, im Saargebiet unter allen Umständen Schutz gegen solche un- statthafte Druckmaßnahmen zu gewähren. Wenn auch im vorliegenden besonders trassen Falle die behandelte Geschehnisse den an- wachsenden amtlichen Stellen die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung gegeben hat, erweist es doch erforderlich, die für ähnliche Fälle unter Umständen unzulä- ssigen strafrechtlichen Vorschriften entspre- chend zu ergänzen.

Diesem Gesichtspunkte entspringt der vorliegende Verord- nungsentwurf, der sich an das allgemeine der gegen die persönliche Freiheit gerichteten Verbrechen der Nötigung anlehnt.

## Die Gefangenen an der Amtskette

### Die preussischen Hochschulrektoren beugen sich vor Hitler und Rust

Die Nationalsozialistische Korrespondenz teilt mit: Aus Anlaß einer Rektoren-Konferenz in Berlin haben die Rektoren der preussischen Hochschulen folgende Entschliebung gefaßt:

„Die unterzeichneten Rektoren deutscher Hochschulen, die kürzlich in Berlin zusammentrafen, sind tief durchdrungen von der Notwendigkeit der inneren Erneuerung der Wissenschaft und der Universität aus der Idee des Nationalsozialismus, wie sie gelebt und verwirklicht wird durch den Führer des deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus ist die einzige lebendige und schöpferische Macht, die die Wissenschaft und die deutsche Universität befreit aus der rein spezialistischen, theoretischen und fachlichen Zersplitterung und sie hinführt zu den tieferen Lebens- und Schicksalsfragen des deutschen Volkes. Die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Universität bedeutet nicht Ablehnung, sondern sie entspringt aus der radikalen Forderung nach einem neuen Sinn der Wissenschaft und der Universität, wie er in der ganzen deutschen Geschichte noch niemals erfaßt und verwirklicht worden ist.

Aus dieser Ueberzeugung und in dem täglichen Ringen um diese gewaltigen Aufgaben geben die unterzeichneten Rektoren ihrer tiefen Dankbarkeit Ausdruck, in dem Herrn Kultusminister Rust einen Führer zu finden, der im Geiste Adolf Hitlers mit fester Hand und klaren Direktiven den totalen nationalsozialistischen Neuaufbau der Wissenschaft und der preussischen Universitäten leitet, einen Neuaufbau, der um seiner organischen Gesetzmäßigkeit willen weit über die Grenzen Preußens hinaus bedeutungsvoll ist.

Mit neuen Impulsen und unerschütterlicher Zuversicht kehren die unterzeichneten Rektoren zu ihrer Arbeit zurück. So ist es ihnen eine innere Verpflichtung, ihre Dankbarkeit und Versicherung treuer Gefolgschaft zum Ausdruck zu bringen.“

Professor Fischer, Universität Berlin; Professor Heyse, Universität Königsberg; Professor Hahne, Universität Halle; Professor Wolf, Universität Kiel; Professor Neumann, Universität Göttingen; Professor Kriek, Universität Frankfurt; Professor Bauer, Universität Marburg; Professor Pietrusky, Universität Bonn; Professor Leupold, Universität Köln; Professor Meißner, Universität Greifswald; Professor Naendrup, Universität Münster; Professor Eschweiler,

Staatliche Akademie Braunsberg; Professor Schmidt, Medizinische Akademie Düsseldorf; Professor Giesecke, Handelshochschule Berlin; Professor Haemmerle, Handelshochschule Königsberg; Prof. Eggert, Technische Hochschule Berlin; Professor Franzius, Technische Hochschule Hannover; Professor Röntgen, Technische Hochschule Aachen; Professor Schucht, Landwirtschaftliche Hochschule Berlin; Professor Samuel, Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Popp; Professor Krüger, Tierärztliche Hochschule Berlin; Professor Göge, Tierärztliche Hochschule Hannover.

Wir haben uns, in tiefer Resignation, daran gewöhnt, derartige Dokumente ohne Kommentar auszudrucken. Unsere Leser hatten gelernt, ihn selber zu schreiben. Hier aber liegt eine Offenbarung der Schande deutschen Gelehrtentums vor, die selbst in der Geschichte aller menschlichen Niedrigkeiten im Umkreise des „dritten Reiches“ einzigartig ist.

Deutsche Wissenschaftler, prominente Namen des deutschen Geisteslebens, begnügen sich nicht mehr mit dem Bekenntnis ihrer Unterwerfung. Nicht mit der formalen Anerkennung ihres Sklaventums. Sie bezeichnen den Nationalsozialismus als „einzige lebendige und schöpferische Macht, die die Wissenschaft und die deutsche Universität“... Man lese es oben im Wortlaut nach. Sie sind begeistert von der neuen Lehre, die die Freiheit der schöpferischen Wissenschaft der durch Gewalt erhaltenen und aufgebauten Staatsräson unterwirft.

Das ist die trostlose Wahrheit. Diese Katastrophe wird dadurch nicht gemildert, daß diese preussischen Rektoren schon ausgesiebte Leute sind, die nach Entfernung der nicht vollkommen Gleichgeschalteten die offiziellen braunen Weihen erhalten haben. Denn sie sprechen für alle Inhaber von Lehrstühlen und Lehraufträgen, die jetzt restlos dem „Führerprinzip“ unterworfen sind.

Diejenigen aber, die um der Bequemlichkeit und Furcht willen ihre geistige Freiheit opferten, sind mitschuldig und mitverantwortlich.

Jeder kleine SA-Mann, der um des Hungers und der Befriedigung seiner Instinkte willen bei seiner braunen Truppe bleibt, steht moralisch höher als jeder von der Zunft deutscher Gelehrter, der gegen diesen Ausdruck „tiefer Dankbarkeit“ seine Stimme nicht erhebt.

## Daß wir Menschen sind...

Worte eines katholischen Emigranten

Du fährst durch Gottes herrliche Welt,  
Es weitet der Blick sich in's Ferne,  
Siehst den Laudmann, der den Acker bestellt,  
Siehst des Schnees kristallene Sterne...  
Du liebst alles Schöne! — Froh wölbt sich die Brust —  
Und in Deutschland waltet mit tierischer Lust —  
der Henker —

Du gehst durch den Wald, über Wiesen und Flur,  
Und feierlich stimmt Dich das Schweigen,  
Du liebst und bewunderst Gottes Natur,  
Mußt vor ihrer Größe Dich beugen...  
Es zieht Dich in's Freie! — Froh wölbt sich die Brust —  
Und in Deutschland waltet mit tierischer Lust —  
der Henker —

Du bist voller Glaube an Güte und Herz,  
An Menschlichkeit und Ideale;  
Natur ist Dir Lust, Natur ist Dir Schmerz,  
Von einem zum anderen Male...  
Du glaubst noch an Liebe! — Froh wölbt sich die Brust —  
Und in Deutschland mordet mit tierischer Lust —  
der Henker —

Es gibt einen Gott! Er leitet die Welt  
Der Millionen, die zu ihm beten;  
Ihm gilt nur der Mensch; nicht Gut und Geld,  
Er kennt keine „Führer“ und keine „Proleten“...  
Herrgott, sei gerecht! — Mach' die Welt wieder frei —  
Auf daß es für uns keine Schande mehr sei,  
Daß wir Menschen sind!

## Ein Jahrgedenken

In einer reichsdeutschen Großstadt hat sich vor Jahresfrist eine bezeichnende Episode abgespielt:

Aus Anlaß des Richard-Wagner-Gedenktages am 13. Januar hatte, wie sich das von selber verstand, der Intendant des städtischen Theaters die repräsentative Neu-Inszenierung eines großen Wagner-Werkes angesetzt und wochenlang vorher gebührend publiziert.

Wenige Tage vor der Premiere erscheint nun bei ihm ein Funktionär der Nazi-Partei und verlangt: die Aufführung müsse als geschlossene Festvorstellung der NSDAP. firmiert werden, da der „Führer“ sich am betreffenden Tage in der Stadt aufhalten werde und mit seinem Stab das Theater zu besuchen wünsche. Also werden alle noch verfügbaren Plätze dem öffentlichen Kassa-Verkehr entzogen und von den Nazis aufgekauft, — aber:

Am Premierentage stellt sich plötzlich heraus: der „Führer“ hat seine Dispositionen geändert; sein Theaterbesuch findet nicht statt. — Was geschieht?

Ein Run auf die Kasse. Ganze Nazikolonnen stehen Schlange wie in der guten alten Zeit und verlangen, man solle die Karten wieder zurücknehmen: wen interessiert schon der „Tristan“?

Wegen der angesagten Anwesenheit des „Führers“ und aus keinem Grunde sonst hatte man sich entschlossen, sich den Abend mit dem Theaterbesuch zu verderben!

Der Kassierer bedauert: „Gelöste Karten werden nicht zurückgenommen!“ — „Na gut, aber dann tauschen Sie die Plätze wenigstens gegen das — — „Weiße Röhl“ um!“

Da hatte man die Bestätigung für einen schon lange gehegten Verdacht: die große Kulturlüge des soeben glorreich begonnenen „dritten Reiches“ lag offen zutage. Plötzlich war es den umtauschbegehrenden Nazis völlig einerlei, daß ihre Zeitung erst wenige Wochen zuvor eine wilde Attacke geritten hatte, weil der Intendant, um sein Defizit zu vermindern, das „jüdische Machwerk des Herrn Benátky“ ins Repertoire brachte — bei welcher Gelegenheit man mit Eindringlichkeit dargetan hatte, daß Publikum und Kassen-Wirksamkeit oder gar künstlerische Werte verstaubte Begriffe aus der Mottenkiste des verstorbenen Liberalismus bedeuten: entscheidend für die Spielplangestaltung im „dritten Reich“ sei vor allem die „Deutschstrassigkeit der Autoren...“

Dies die Meinung der Gralshüter und ihrer ergebenen Schmocks in der Nazipresse.

Wie aber die Massen des Nazi-Publikums ihre deutschen Meister ehren: siehe oben!

## Zeit-Notizen

Buchhändlerboykott

Die im Jahre 1881 gegründete deutsche Buchhandlung Ig. Herby, Bukarest, Calea Victoriei No. 5, die über ein halbes Jahrhundert in Rumänien deutsche Literatur verbreitet hat, teilt mit, daß sie aus dem deutschen Buchhändlerradreißbuch gestrichen worden ist, weil sie die im Ausland erscheinenden Zeitungen, Zeitschriften und Bücher führte. Die Buchhandlung Ig. Herby, Bukarest, ersucht alle außerhalb Deutschlands sich neu gründenden Verlagshäuser, ihre Verlagszeugnisse zur Verbreitung in Rumänien an sie zu schicken.

Für das alte Testament

In der „Theologisch-praktischen Quartalschrift“ tritt K. Fruhstorfer energisch für das Alte Testament ein: „Nie wird die katholische Kirche dahin gebracht werden können, das Alte Testament aus dem Kanon der Heiligen Schrift zu streichen.“

Der erste erlaubte Wig

Wahrscheinlich um die Buchhändler über die vielen Konkurse hinweg zu trösten, bringt das Buchhändlerbörsenblatt (Nr. 27) folgenden Scherz: „Eine junge Frau betritt den Laden. Mit holder Stimme flötet sie: „Ich möchte: Mit Hitler in die Macht!“ Ein urwüchsiger Münchner steht daneben und sagt: „Ja, Freilein, dös mechten andere a!“

Impfgegner — verboten

Der preussische Minister des Innern hat die Impfgegner- und Impfwanggegner-Vereinigungen für Preußen aufgelöst und verboten. Gleichzeitig wird jede öffentliche impfgegnerische Betätigung verboten.

## Die deutsche Erzieherkaserne

### Das Ende des deutschen Lehrervereins

Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“, die größte deutsche Lehrerzeitung, hat mit dem Ende des Jahres 1933 ihr Erscheinen eingestellt. Nach ihrer Gleichschaltung war sie nur noch ein tragikomisches Beispiel von Gesinnungslosigkeit und Unterwürfigkeit.

Außerdem hat der Gesamtausschuß des deutschen Lehrervereins folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Gesamtausschuß ist überzeugt, daß in nicht zu langer Zeit im einigen Deutschen Reich es auch nur eine einzige Erzieherfront geben wird. Es geht seinen einmal eingeschlagenen Weg siegesgewiß zu Ende und sieht nach wie vor in dem nationalsozialistischen Lehrerbund allein die deutsche Erziehergemeinschaft. Der Auflösung des Deutschen Lehrervereins steht nichts mehr im Wege. Sie wird in aller nächster Zeit vom Gesamtausschuß vorgenommen.“

Das ist also das siegesgewisse Ende der einst freien Lehrern um Herrn Wolf und Genossen! Dieser Beschluß, den Verein, auf den man so lange so stolz gewesen war und ihn als Bollwerk der deutschen Volkslehrerschaft bezeichnet hatte, so „würdig“ zu Grabe zu tragen, sieht allerdings weniger siegesbewußt aus. Der alte Herbart behält recht: die Menschen bilden weit lieber die Maximen ihres Handelns nach ihren Taten als umgekehrt. Hier liegt noch eine besonders unwürdige Heuchelei vor. Man muß nämlich wissen, daß der Deutsche Lehrerverein trotz aller Unterwerfung keine Gnade mehr vor den nationalsozialistischen Machthabern gefunden hatte. Er wäre dem Henkerbeil ohnedies zum ersten Januar verfallen gewesen. Er

zog es vor, mit unwürdiger Heuchelei sich selbst zu morden. Wenige Tage vor dem Vorstandsbeschluß des Deutschen Lehrervereins veröffentlichte nämlich das Reichsministerium des Innern folgende Verfügung:

1. Im Hinblick auf den nationalsozialistischen Lehrerbund und die gegenwärtigen organisatorischen Maßnahmen wird verfügt, daß ein Wiederaufleben aller aufgelöster oder aller in Auflösung befindlicher Verbände absolut verboten ist. Letztere sind in den Fachschaften des Nationalsozialistischen Lehrerbundes aufgliedert und üben dort ihre Facharbeit aus.

2. Der Nationalsozialistische Lehrerbund stellt im Hinblick auf Politik und Weltanschauung die große deutsche Erzieherfront analog der Bauernfront, analog der Arbeiterfront unter der Führung des Reichsleiters Schlemm als selbständiges Amt der politischen Organisation dar.

3. Der Nationalsozialistische Lehrerbund stellt im Hinblick auf seine Fachschaften vom Kindergarten über Volksschule, höhere Schule und Hochschule einschließlich aller Sach- und Arbeitsgebiete die auf Erziehung bezügliche fachliche Organisation der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei dar.“

Damit wird der Schlußstein der deutschen Erzieherkaserne gelegt. Es gibt keine deutschen Lehrer mehr, sondern nur noch die SA-Männer der deutschen Zuchtanstalten. Es fällt schon nicht mehr auf, daß Herr Rust die Befehlsformen der SA. als einheitliche Befehlssprache im preussischen Turnunterricht angeordnet hat. Die totale Barbarei marschiert in Riesenschritten.

## Lippe=Detmold...

Lippe-Detmold, eine wunderschöne Stadt... besonders schön im bunten Schmuck mächtiger Hakenkreuzflaggen. So was hebt ungemein. Uebrigens sollen selbst heute nicht alle Menschen diese Ansicht teilen, in Lippe sogar bestimmt nicht ein Maler, junger Mann, blond, Arier, Vater Beamter, lebt brav und ordentlich daher.

Nur Hitler, den mag er nicht so recht leiden, grüßt auch nicht vorschriftsmäßig, hat seine eigene Meinung, wenn er sie auch nicht allen Leuten auf die Nase bindet. Dennoch — Fritj mag den Hitler nicht, sagt das auch zu Hause sehr deutlich, besonders als er einmal heimkommt und im Wohnzimmer groß, weiß, scheußlich und aus Stuck ein Hitler-Bild findet.

Fritj tobt. Der Vater, bedrückt, entschuldigt sich: „Zweimal schon dagewesen, haben mir gesagt, daß der Beamte, der keinen Hitler kauft, dadurch beweist, daß er kein echter Deutscher ist und daher kein Beamter sein kann. Ich muß meine Ruhe haben. Bild gekauft, wirst verstehen.“

Aber der Sohn befiehlt: „Das Ding muß weg!“ nimmt es dann der Sicherheit halber selbst und trägt es in das Zimmer, in das eben Hitler am besten hineinpaßt, ins W. C.

Soweit wäre alles in Ordnung gewesen, wenn nicht Fritj über eine kleine Schwester verfügt hätte, fünf Jahre alt, Leni heißt sie.

Leni, Fritj und der Papa gehen über die Straße. In Lippe. Das heißt: Jeder kennt sie. Das bedeutet: Jeder paßt auf sie auf; war immer schon so. Nur — heute paßt jeder mit bösen Augen auf, früher aus Klatschlust. Gott — Lippe —

Und plötzlich steht man mitten in einer Versammlung unter freiem Himmel. Wie sie jetzt in Deutschland so üblich sind. „Heil Hitler!!!“ schreien sie alle. Alle — ist zuviel gesagt. Fritj mit Schwesterchen und Vater schreien nicht, was bereits einiges Entsetzen unter den Umstehenden hervorruft. Böse Blicke treffen die drei. Eisiges Schweigen entsteht.

Und mitten in die tiefe Stille klingt die Stimme eines kleinen, etwas ängstlich gewordenen Mädchens, spricht Leni — und Entschuldigung liegt in dem Ton: „Unser Fritj, der ist nämlich nicht für Hitler, der ist gegen ihn. Bei uns hängt der Hitler auf dem Clo...“

Es wird von Augenzeugen bestätigt, daß noch niemals ein alter Mann so schnell von einer Versammlung nach Hause gelaufen ist, wie der wohlverdiente und stadtbekannteste Beamte Fritj senior. Es wird weiterhin bekannt, daß Herr Fritj junior inklusive Schwester Leni nur auf gewaltigen Umwegen die elterliche Wohnung wieder erreicht hat und im Wohnzimmer — erleichtert aufatmend — einen wunderbar schönen Stuck-Hitler vorfand, den Vater Fritj eiligst dorthin gestellt hatte. „Falls sie gleich kommen. Na, weiß man?“

Im übrigen wird jetzt zu Hause nicht mehr von Politik gesprochen, kein Wort, keine Silbe. Und Fritj junior ist weg aus Lippe, kann sich nicht mehr sehen lassen.

# War Deutschland verjudet?

## Tatsachen gegen Gefühlsausbrüche und unklare Schlagworte

Das Comité des Delegations Juives, Paris, 83, Avenue de la Grande Armée, hat soeben über die Lage der Juden in Deutschland 1933 herausgebracht: „Das Schwarzbuch, Tatsachen und Dokumente“. Wir entnehmen dem ausgezeichneten, an Material überreichen Werk zahlenmäßige Angaben über den jüdischen Anteil an der Bevölkerung und gewissen Berufen:

Stadt	Gesamtbevölkerung	Davon Juden absolut	v. H.
1. Frankfurt a. M.	467 520	29 385	6,30
2. Berlin	4 024 185	172 672	4,29
3. Breslau	557 189	23 249	4,17
4. Wiesbaden	102 787	3 088	3,01
5. Mannheim	247 486	6 972	2,82
6. Mainz	108 587	2 788	2,52
7. Karlsruhe	145 694	3 388	2,32
8. Köln	700 222	16 008	2,30
9. Nürnberg	392 494	8 603	2,19
10. Leipzig	679 150	12 594	1,85
11. Hamburg	1 079 126	19 794	1,83
12. Rassel	171 284	2 750	1,61
13. München	680 704	10 068	1,48
14. Königsberg i. Pr.	279 926	4 049	1,45
15. Elberfeld	187 577	2 335	1,25
16. Stuttgart	341 967	4 548	1,33
17. Hannover	422 745	5 521	1,31
18. Altona	185 658	2 409	1,30
19. Krefeld	181 098	1 629	1,24
20. Dortmund	321 743	3 820	1,19
21. Düsseldorf	482 638	5 189	1,19
22. Ludwigshafen	101 369	1 211	1,19

Statistische Daten über die berufliche und soziale Gliederung der jüdischen Einwohnerschaft sind nicht für ganz Deutschland erhoben worden; wir besitzen sie nur für einige der deutschen Länder. Wenn wir daher im folgenden zum Teil die vorliegenden preussischen Zahlen bringen, so deshalb, weil sie als charakteristisch für die Zustände in ganz Deutschland anzusehen sind. Nach dem statistischen Jahrbuch 1932 betrug 1925 die Bevölkerung Preußens 38 175 989, also nahezu zwei Drittel der gesamten deutschen Einwohnerschaft. Unter ihnen befanden sich 404 448 Juden oder 1,06 Prozent, gegenüber 0,9 Prozent in ganz Deutschland; ein etwas höherer Prozentsatz, der sich daraus erklärt, daß eine verhältnismäßig große Zahl von größeren Städten Deutschlands in Preußen liegt.

Die Berufsgliederung der Juden ergibt sich aus der folgenden Tabelle. Sie zeigt den Anteil, den die verschiedenen Wirtschaftszweige von der jüdischen und nicht-jüdischen Bevölkerung in Anspruch nahmen.

Wirtschaftsabteilung	Juden (Ganz Preußen) (82 Großstädte)	Nichtjuden
Handel und Kredit	58,87 Proz.	11,99 Proz.
Verkehr	0,42	5,12
Industrie und Handwerk	25,85	40,94
Landwirtschaft	1,74	29,47
Öffentliche Dienste und freie Berufe	5,94	4,85
Gesundheitswesen und Wohlfahrt	4,35	1,88
Häusl. Dienste u. Lohnarbeit wechl. Art	3,33	5,75
Zusammen:	100,00	100,00

Es ergibt sich also aus dieser Aufstellung, daß in Handel und Kredit mehr als die Hälfte der jüdischen Erwerbstätigen und nur wenig mehr als ein Zehntel der nicht-jüdischen Erwerbstätigen beschäftigt waren, umgekehrt in der Landwirtschaft nicht einmal ein Fünftel der jüdischen Erwerbstätigen und mehr als ein Viertel der nicht-jüdischen. In der Rubrik „Öffentliche Dienste und freie Berufe“ ist der jüdische Anteil höher, als ihre Gesamtprozentsahl. Jedoch sehen wir weiter unten, daß der Anteil an den freien Berufen überwiegt, in den öffentlichen Diensten zurücktritt.

Etwas anders ist das Bild, wenn man die berufstätigen Juden mit den großstädtischen Nichtjuden konfrontiert. Das Verhältnis zeigt sich in der folgenden Tabelle:

Wirtschaftsabteilung	Juden	Nichtjuden
1. Handel und Kredit	58,87 Proz.	21,91 Proz.
2. Verkehr	0,42	6,99
3. Industrie und Handwerk	25,85	52,03
4. Landwirtschaft	1,74	1,25
5. Öffentl. Dienste u. freie Berufe	5,94	7,35
6. Gesundheitswesen u. Wohlfahrt	4,35	2,92
7. Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechseleiner Art	3,33	7,55
Zusammen:	100,00 Proz.	100,00 Proz.

Der Anteil, den die Juden an den höheren Berufen hatten, nahm seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Emanzipation durch die Revolution von 1848 beinahe vollendet war, weiter zu. Von je 100 Erwerbstätigen waren in ganz Deutschland in den freien Berufen und im Beamtentum beschäftigt:

Jahr	bei Juden	bei Nichtjuden
1861	2,9	4,6
1882	4,2	4,9
1907	6,7	5,4
1925	8,7	6,0

Der Anteil, den die Juden an den einzelnen Zweigen der freien Berufe nahmen, ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Wirtschaftszweig	Gesamtzahl der Erwerbstätigen überhaupt	Davon Juden absolut	v. H.
1. Offene Krankenpflege und Fürsorge gesundheitlicher Art	74 023	5 106	6,90
2. Rechtsberatung u. Interessensvertret.	73 605	3 522	4,79
3. Bildung, Erziehung, Unterricht	217 108	1 955	0,90
4. Theater, Musikgewerbe	48 680	1 549	3,17
5. Verwaltung, Rechtspflege und Strafvollzug	400 683	1 526	0,38
6. Krankenanstalten, Heilanstalten, Siechenheime	190 607	1 415	0,74
7. Gottesdienst, Anstalten und Vereine religiöser Art	48 283	1 025	2,13
8. Künstler, Privatgelehrte, Schriftst.	11 659	849	7,29
9. Wohlfahrtspflege u. soziale Fürsorge	40 634	668	1,62
10. Wirtschaftswesen	15 813	631	4,00
11. Apotheken	13 367	479	3,58

Am größten ist, wie man sieht, der Anteil der Juden an dem Berufszweig „Künstler, Privatgelehrte, Schriftsteller“. Ihm kommt zunächst die Abteilung „Offene Krankenpflege“, bei der es sich in der Hauptsache um private Betriebe handelt. Ihr gegenüber ist die Beteiligung der Juden am öffentlichen Gesundheitsdienst nur sehr gering. Denselben Unterschied sehen wir ganz ähnlich zwischen „Rechtsberatung“ einerseits und „Verwaltung, Rechtspflege und Strafvollzug“ andererseits. Immer dort ist der jüdische Anteil beträchtlich größer, wo es auf Selbstständigkeit und private Initiative und auf die Wahl des Publikums ankommt, und geringer, wo eine amtliche Anstellung vorliegt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der folgenden Tabelle, die die freien Berufe Preußens betrifft. Hier liegen genauere Zahlen vor, als für ganz Deutschland.

Beruf	Eigentümer u. Direktoren		Angestellte u. Beamte			
	abs. Vros.	abs. Vros.	abs. Vros.	abs. Vros.		
1. Rechtsanwälte	8 301	2 208	26,00	358	81	12,00
2. Ärzte	28 068	8 670	15,54	5 816	685	15,71
3. Zahnärzte	4 805	713	14,79	991	65	7,00
4. Schriftsteller	2 906	374	12,88	725	78	10,09
5. Rindergärtnerinnen	331	38	10,00	17 805	393	2,20
6. Sängler	298	113	8,70	4 177	330	7,90
7. Schauspieler	412	31	7,52	5 898	398	6,81
8. Chemiker	653	44	6,74	5 822	191	3,28
9. Apotheker	3 925	231	5,81	5 641	206	3,65
10. Redakteure	740	41	5,54	4 475	192	5,32
11. Maler u. Bildhauer	5 912	283	4,80	1 068	35	3,30
12. Zahntechniker	7 770	286	3,68	5 804	159	2,74
13. Musiker	12 074	419	3,47	29 485	480	1,63
14. Verlagskünstler	909	25	2,58	4 521	150	3,32
15. Ingenieure und Architekten	18 938	468	2,47	70 130	885	1,26
16. Krankenpfleger und Krankenschwestern	4 211	68	1,61	78 634	489	0,62
17. Lehrer	8 803	—	—	166 520	1 851	0,72
18. Regisseure	—	—	—	593	95	10,96
Zusammen:	105 709	9 006	8,52	426 672	6 298	1,48

Wir sagten schon, daß verhältnismäßig wenig Juden dort beschäftigt sind, wo es sich um eine Anstellung handelt. Das ist vor allem festzustellen bei den Einrichtungen, die vom Staat abhängen. Es gab an Juden

unter allen von öffentlicher Hand Beschäftigten 0,16 Prozent unter den höheren Beamten 0,29 Prozent unter den mittleren und niederen Beamten 0,17 Prozent unter den Arbeitern 0,06 Prozent

Zür Preußen liegen genauere Zahlen vor, aus denen wir nur einige Einzelheiten erwähnen wollen, die uns besonders bemerkenswert scheinen. Es gab im Post- und Telegrafendienst

unter 1689 höheren Beamten 2 Juden 0,12 Prozent unter 167 304 technischen Beamten 154 Juden 0,09 Prozent

Noch geringer stellte sich der Prozentsatz in Heer und Marine, und zwar

unter 3702 höheren Beamten 2 Juden 0,05 Prozent unter 71 737 technischen Beamten 29 Juden 0,04 Prozent

Hierzu ist zu bemerken, daß auch die 2 höheren Beamten bei Heer und Marine aller Wahrscheinlichkeit nach nicht Offiziere gewesen sind. Wir haben die Gründe, die dafür sprechen, oben erwähnt.

Einen höheren Anteil unter den von der öffentlichen Hand geführten Anstalten hatten die Juden nur in Verwaltung und Rechtspflege und zwar

unter 22 242 höheren Beamten 871 Juden 1,67 Prozent unter 222 508 mittleren Beamten 1103 Juden 0,34 Prozent

Die Zahlen des jüdischen Anteils am Staatsdienst scheinen uns deshalb von besonderer Wichtigkeit zu sein, weil über dieses Gebiet große Zerstörungen in der Welt verbreitet sind. So hat der deutsche Volkswirtschaftler Dr. Lütke in einer Rede, die er in Mount Vernon N. Y. am 24. Mai 1933 hielt, einem Bericht der „New York Times“ vom 25. Mai 1933 zufolge sehr fehlerhafte Angaben gemacht:

„Lütke führte aus, daß ein Grund für die judenfeindlichen Verhältnisse in Deutschland die Tatsache bildete, daß nahezu 50 Prozent der Regierungsbeamten (governmental office holders) Juden waren, während die Juden nur 1 Prozent der Bevölkerung ausmachten.“

Man sieht, daß selbst ein so hoher Funktionär wie Herr Lütke, der früher jahrelang Oberbürgermeister der Großstadt Essen und nachher Reichsminister, Reichsbankpräsident und Reichskanzler war, einem Irrtum verfallen konnte, der in der nationalsozialistischen Partei sehr populär ist. Aber er ist nicht der einzige darin.

Der jetzige Reichskanzler, Herr Adolf Hitler, gab amerikanischen Pressevertretern ein Interview, über das Herr Bernard S. Kidder, der Verleger der „New Yorker Staatszeitung“, am 8. Mai in seiner Zeitung wie folgt berichtete:

„Als Hitler zur Macht kam, fand er 62 Prozent aller Regierungsämter von Juden besetzt. Die Entlassung dieser Juden war lediglich eine parteipolitische Maßregel, genau so wie die meisten der Republikaner hier binationalen, wenn die Demokraten zur Macht kommen, und umgekehrt.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, den Irrtum zu widerlegen, den Herr Kidder begeht, wenn er den einzigartigen Vorgang der Judenverdrängung aus den öffentlichen Stellen in Deutschland mit einem ganz anders gearteten normalen und sich regelmäßig wiederholenden amerikanischen Vorgang vergleicht. Interessant ist für uns nur, daß Herr Hitler sich einer so grundlegenden Täuschung über den jüdischen Anteil an der öffentlichen Verwaltung hingibt.

Auch in bezug auf die Beschäftigung der Juden in den sogenannten liberalen Berufen werden immer wieder irrige Vorstellungen bei nationalsozialistischen Führern festgestellt. Wir wollen an Stelle vieler Äußerungen, die in diese Richtung gehen, nur eine einzige wiedergeben.

Herr Alfred Rosenberg, Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ und Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, äußerte in einer Rede, die er anlässlich der Kundgebung gegen den Friedensvertrag von Versailles am 28. Juni 1933 im Reichstagsgebäude der Kroll-Oper zu Berlin hielt, dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 29. Juni zufolge:

„Wir glauben, daß jeder unvoreingenommene ausländische Beobachter es als unmöglich begreifen wird, daß von allen Anwälten der Reichshauptstadt 74 Prozent Juden waren, wenn die Krankenanstalten zu 80 bis 90 Prozent jüdische Ärzte hatten.“

Der Anteil der Juden an beiden genannten Berufen war zwar sehr groß, keineswegs aber so groß, wie Herr Rosenberg glaubt. Wir verweisen demgegenüber auf die weiter oben von uns gebrachte Tabelle, nach der unter den Anwälten Preußens 26,8 Prozent Juden waren, unter den angestellten Ärzten Preußens 15,71 Prozent Juden. Die Zahlen für Berlin liegen uns nicht vor. Sicherlich sind sie höher, was sich aus der allgemeinen Tatsache der Zusammenballung der Juden in den großen Städten ergibt. Der „Völkische Beobachter“ selbst gibt sie in einer statistischen Zusammenstellung, die er am 20. August 1933 brachte, mit 50,2 Prozent Juden unter den Rechtsanwältinnen Berlins, und 47,9 Prozent unter den Ärzten Berlins an (Wozu bemerkt werden muß, daß die Zahl der Ärzte an öffentlichen Krankenhäusern aus den oben dargelegten Gründen weit geringer gewesen sein muß als 47,9 Prozent, und nicht etwa höher, wie Herr Rosenberg annimmt. Auch Herr Rosenberg ist also ein grober Irrtum unterlaufen, den sein Blatt berichtete, allerdings ohne die früheren falschen Angaben seines Chefredakteurs zu erwähnen....)

Endlich wird es von Wichtigkeit sein, die Entwicklung des jüdischen Anteils am Hochschulstudium wiederzugeben. Die Zahl der jüdischen Studenten an preussischen Universitäten betrug

Im Jahre 1888/87 1813 0,61 v. H.  
im Jahre 1902/03 1676 0,38 v. H.  
im Jahre 1911 2212 0,80 v. H.  
im Jahre 1930 2675 5,08 v. H.

Der jüdische Anteil am Hochschulstudium sank also ständig. Das entspricht keineswegs dem nationalsozialistischen Weltbild.

Es wird von Interesse sein, da die nationalsozialistische Propaganda gern von einer Ueberschwemmung Deutschlands durch die Ostjuden spricht, noch einige Zahlen über die Einwanderungsbewegung zu hören. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte in ihrer Ausgabe vom 12. August 1933 eine offiziöse Mitteilung des Conti-Büros, wonach das preussische Innenministerium eine Erhebung veranstaltete, in deren Rahmen die Ostjudenfrage berücksichtigt wurde. Sie schreibt weiter:

„Es ergab sich, daß in den Jahren von 1919 bis 1931 rund 130 000 Einbürgerungsanträge gestellt wurden, die auch im großen und ganzen bewilligt worden sind. Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich hier nur um Einbürgerungsanträge handelt, die das jeweilige Familienoberhaupt einreicht, so daß die Gesamtzahl der tatsächlich Eingebürgerten wesentlich höher ist... Das preussische Innenministerium hat nun auch versucht, eine Untergliederung der Einbürgerungszahlen vorzunehmen. Man hat zunächst die Einbürgerungsanträge der Deutschstämmigen ausgerechnet und festgestellt, daß von den rund 130 000 etwa 114 000 Anträge von deutschstämmigen Familienoberhäuptern kamen. Dann hat man eine Gruppierung der Nichtdeutschstämmigen nach den Herkunftsgeländern vorgenommen, und zwar ab die Eingebürgerten aus Ländern Ostlich oder westlich Deutschlands stammten. Bei dieser Unterscheidung zeigte sich, daß der Anteil der sogenannten „Ost-Ausländer“ mit rund 11 500 Einbürgerungsanträgen bei weitem den der Westausländer mit 4500 übersteigt. In der Gruppe der 11 500 Einbürgerungsanträge von Ost-Ausländern sind nun auch die Ostjuden enthalten, deren Zahl mit einer besonderen Methode ermittelt wurde. Hier ergab die Erhebung, die keineswegs einladend war, daß in den zwölf Jahren etwas mehr als 5000 Einbürgerungsanträge gestellt wurden...“

Wiewohl von ihnen genehmigt worden sind, wird nicht mitgeteilt. Aber es ist bekannt, daß die Anträge von Ostjuden großen Schwierigkeiten begegneten. Aber auch die angegebene Ziffer entspricht in keiner Weise den Vorstellungen, die regelmäßig in der nationalsozialistischen Agitation hervorgerufen werden.

Da man endlich in der nationalsozialistischen Propaganda häufig von der großen Zahl der jüdischen Politiker sprechen hört — das vergangene Regime wurde gewohnheitsmäßig als „Judenrepublik“ bezeichnet —, so seien auch noch einige Zahlen aus der Politik wiedergegeben. Nach einer Berechnung der „Neuen Zürcher Zeitung“, wiedergegeben in der „Jüdischen Rundschau“ vom 20. Juni 1933, gab es in den 19 Nachkriegskabinetten unter 250 Ministern 6 Juden, unter ihnen 2, die der jüdischen Konfession angehörten; im letzten Reichstag unter 608 Abgeordneten 14 Juden. Jedoch waren, nach unserer Kenntnis, unter den letzteren 13 Dillibanten, also „Nichtarier“ und nur ein Jude der Rasse und Konfession nach.

121 jüdische Gräber geschändet!

Man schreibt uns aus Köln: In der ersten Woche des Monats Februar wurden durch Nazihände in Köln auf dem jüdischen Friedhof in Deickeln 121 Grabsteine zerstört.

Mehrere Angehörige der Verstorbenen wurden bei dem Herrn Regierungspräsidenten vorstellig. Der erklärte: „Es ist unmöglich, daß Naziangehörige so etwas machen.“ Er lehnte jede Wiederherstellung des Friedhofs ab, verlangte vielmehr, daß die jüdische Gemeinde unverzüglich die Auffrischung vornehme.

50 jüdische Familien aus Deutschland werden in Metullah angesiedelt

In der nordöstlichen jüdischen Kolonie Palästinas, in Metullah, sollen demnächst 50 jüdische Familien aus Deutschland angesiedelt werden. Es verlautet, daß den neuen Siedlern insgesamt 2500 Dunam zugewiesen werden sollen. Als wirtschaftliche Grundlage der Siedlung sind Viehzucht, Obstbau, Imkereit und Geflügelzucht in Aussicht genommen.

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

In einem Hotel zu Meudon, avenue Gallieni, hat sich eine junge Deutsche, Philippine Kate, dreißig Jahre alt, vergiftet. Sie war Sekretärin in der Internen Handlungskammer. Der Chef vom Dienst, M. Harold King, erklärte, daß sie lebensüberdrüssig gewesen sei und gesagt habe, sie werde sich in die Seine werfen.

Streikende Chauffeurs verprügelten einen der seltenen Streikbrecher, einen Russen Alexis Benedictowitch, dem die Fensterscheiben seiner Taxe eingeschlagen wurden. Ein anderer Streikbrecher namens Auguste Pommaret wurde mit Steinen beworfen.

Die Confédération des travailleurs intellectuels, gegründet 1920, hielt ihre Jahresversammlung ab, bei der mitgeteilt wurde, daß die Gesellschaft die beiden Künstler-Mittagsclubs: Cercle Ronsard auf dem Montparnasse und Cercle François Villon auf dem Montmartre tatkräftig unterstützt und fast 30 000 Franken an arbeitslose Künstler verteilt hat.

Die französische Akademie ist bei ihrer Durchsicht des Wörterbuchs bis zum Worte „refuser“ gekommen. Das Wort „réflexe“, bisher bloß Eigenschaftswort, wurde auch als Hauptwort eingesezt.

### Trauerfeiern Pariser Arbeiter

Am Samstagnachmittag wurden die Leichen der in den Unruhen gefallenen Arbeiter feierlich unter Teilnahme der Sozialisten und der sozialistischen Jugend, die sich auf der place Mazas, in der Nähe der Bastille vereinigte, beigesetzt.

Zwei verwundete Arbeiter sind noch in Kliniken gestorben. Der eine ist Vincent Moris, von Malakoff, der am 12. Februar einen Lungenschuß erhielt, der andere, der parteilose Zimmermann Eugène Boudin, wurde in der Nähe des Buttteschaumont abends, als er auf seine Frau wartete, schwer verletzt.

Ferner wurde der kommunistische Zellenleiter Perdereau beigesetzt, der in Chaville bei der Errichtung einer Barrikade in der Nacht vor dem Generalstreik auf nicht aufgeklärte Weise getötet war.

### Beisetzung von der Moschee

In der Pariser Moschee, einem prachtvollen arabischen Gebäude mit orientalischen Gärten, fand am Freitag die Totenfeier für einen bei den Unruhen getöteten Mohammedaner statt. Im Trauerzuge marschierten die nationalistischen Blauhemden mit, auch Frauen in Blaublüssen. Einige der Teilnehmer aus den Verbänden der nationalen Jugendvereine erschienen mit Verbänden um den Kopf.

### Kampf gegen die Schwarzsender in Frankreich

Das französische Ministerium des Innern unterhält eine eigene Radiopolizei, die Jagd auf Schwarzsender macht. Von einem Punkte aus wird der Aether systematisch belauscht. Bei dieser Abhöraktion sind 410 Schwarzhörer, wie das „Radio Magazine“ feststellt, festgestellt worden. Bei 13 entdeckte der Abhörer die allgemeine Herkunft der Geräusche, bei 18 das Département, bei 60 die Stadt, bei 19 die mutmaßliche Wohnung.

26 dieser Schwarzsender arbeiteten mit einer Frequenz, die den Amateuren verboten ist. 14 sandten verbotene Meldungen. 18 brauchten verpönte Zeichen. 32 brauchten ein Code-Wort. Einer sandte Meldungen, die in Code-Text abgefaßt waren. Einer arbeitete außerhalb der zugelassenen Zeiten. Drei machten irreguläre Sendungen amtlicher Stationen.

### Lohnkonflikt bei Renault

Die bekannte Auto-Fabrik Renault in Billancourt hat den Arbeitern, die am Montag am Generalstreik teilgenommen haben, nach einer Meldung des „Populaire“ einen nach dem andern gekündigt.

### Der Textilkonflikt in Lille

Der Liller Arbeitskonflikt war bekanntlich dadurch hinausgeschoben worden, daß der (vorige) Arbeitsminister intervenierte und die Industriellen zur Hinausschiebung der angedrohten Lohnherabsetzung bis 15. Februar vermachte. Nach der Liller Zeitung „Depeche“ haben die Industriellen etwa 700 Arbeiter in Roubaix-Tourcoing ausgesperrt. Eine Gesellschaft habe ihren 250 Arbeitern anheimgestellt, sich zu den neuen Bedingungen wieder zu melden. Die Gewerkschaften vertreten die Arbeiterinteressen.

## Eden und Barthou

### Die Meinung der „Times“

London, 19. Febr. Der Berichterstatter der „Times“ in Paris meldet u. a.: Barthou und Eden erklärten sich mit dem Ergebnis ihrer Aussprache recht zufrieden. Man war sich von Anfang an klar darüber, daß Edens Besuch mehr den Zweck hatte, die Ansicht der französischen Regierung über die britische Denkschrift einzuholen, als im jetzigen Stadium irgendwelche genaue Vorschläge für ihre Annahme zu machen. Ein zweites Ziel war, Aufklärungen über die französische Antwort an Deutschland zu verlangen. Daß die britische Denkschrift anfänglich recht wohl aufgenommen wurde, ist kein Geheimnis. Dieser Umstand hat zu der Behauptung in der Presse Anlaß gegeben, sie habe keine Aussicht als Grundlage der künftigen Aussprache. Ich höre, daß die Auffassung unzutreffend ist. Eden hat es sich angelegen sein lassen, darzutun, daß in der Frage der Sicherheit die britische Denkschrift über alles bisher Zugewandene beträchtlich hinausgeht. Sieht sie doch für den Fall einer Verletzung des Abtrünnungsabkommens die sogenannte Konstitution vor. Damit bleibt sie allerdings ein gutes Stück hinter dem zurück, was die Franzosen zufriedenstellen würde. Eden wurde auf die Entschiedenheit des französischen Senatsausdrucks für auswärtige Angelegenheiten aufmerksam gemacht, die besagt, daß Frankreich weitere Verminderung seiner Rüstungen nicht bewilligen könne. Auch der World-Club, eine kleine Konferenz von acht oder neun Mächten an einem anderen Platz als Genf abzuhalten, findet bei den maßgebenden französischen Stellen kein günstiges Ohr.

Tel. Trinité 43-13  
Métro Pigalle

## Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

- a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diätetik, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Bluth, Harn- u. Geschlechtskrankheiten
- b) Chirurgie. Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Klein-, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernere Einrichtung mit 2 Operationssälen
- c) Geburtshilfliche Klinik. Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Anst. Hebammen und 2 Operationssäle
- d) Zahnärztliches Kabinett. Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brillen, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

### Daumier-Ausstellung

Die Frühjahrsausstellung der Orangerie in den Tuilleries soll, wie wir hören, eine Daumier-Ausstellung sein. Das Karikaturenwerk des großen Marseiller und Wahrheitsaggers wird in der Zeit vom 1. März bis 20. Mai gezeigt werden. Die berühmten Blätter des Meisters, wie „Justiz“, „Rückkehr der Könige“ usw., sagen auch die Wahrheit über die verlogene Gegenwart.

Aus Privatbesitz Frankreichs und des Auslandes werden zahlreiche Leihgaben eintreffen.

Im Sommer wird eine Orangerie-Ausstellung über Lafayette, den französischen Revolutionär und Freiheitskämpfer in Amerika folgen, der am 19. Mai vor hundert Jahren gestorben ist.

### Streik bei Radio-France

In der Gesellschaft Radio-France sind die Operateure und die Belegschaft von über 100 Personen in den Streik getreten. In dieser Gesellschaft hat bereits im August eine Lohnbewegung stattgefunden. Die Angestellten fordern den Mindestlohn von 1000 Franken monatlich, den die Gesellschaft verweigert.

## Pariser Theater

### Mardi, 20. Février

- Opéra. Hamlet (20.30).
- Opéra-Comique. Louise (20).
- Comédie-Française. Le Secret (20.45).
- Odéon. La Fleur merveilleuse (20.30).
- Atelier. — Richard III, (14.45 und 20.45).
- Gymnase. — Le Messager von Henry Bernstein mit Gaby Morlay (15 und 21).
- Madeleine. — Le Passage de Princes (Offenbach) (14.30 und 20.45).
- Michodière. — Le Temps difficiles (20.30).
- Michel. — Parole d'honneur (15 und 21).
- Oeuvre. — Une Femme qu'a le coeur trop petit, von Crommelynk (15 und 21).
- Palais-Royal. La Famille Vauberlain (21).
- Théâtre de Paris. — Tavaritch (20.45).
- Sarah-Bernhardt. — Alibi 14 von Jean Guitton (13.15 und 20.15).
- Châtelet. — Rose de France (14.30 und 20).
- Gaité-Lyrique. — Le Pays du sourire (Das Land des Lächelns) von Lehar (14.45 und 20.45).
- Mogador. — L'auberge du Cheval Blanc (Im Weißen Rössl). Pigalle. La Chauve-Souris (Die Fledermaus). Regie: Max Reinhardt (14.30 und 20.30).
- Porte Saint-Martin. Wiener Walzer (Operette von Johann Strauß, Vater und Sohn), mit André Baugé (14.30 und 20.30).
- Casino de Paris. Revue: Vive Paris mit Cécile Sorel. Im 2. Akt: Maitresses de Rois, von Sacha Guitry (14.30 und 20.30).
- Folies-Bergère. Folies en Folie. Revue mit Mistinguett (14.30 und 20.30).

### Mardi, 20. Février

- Opéra. Relache.
- Opéra-Comique. Le Roi d'Ys, Valses (20).
- Comédie-Française. Monna Vanna (20.45).
- Odéon. Colomba. Tempête sur les Cotes (20.30).
- Atelier. — Richard III. (20.45).
- Gymnase. — Le Messager von Henry Bernstein mit Gaby Morlay (21).
- Madeleine. — Le Passage des Princes (Offenbach) (20.45).
- Michodière. — Les Temps difficiles (20.30).
- Michel. Parole d'honneur (21).
- Oeuvre. — Une Femme qu'a le coeur trop petit, von Crommelynk (21).
- Palais-Royal. — La Famille Vauberlain (21).
- Théâtre de Paris. — Tavaritch (20.45).
- Sarah-Bernhardt. — Alibi 14 von Jean Guitton (20.15).
- Châtelet. — Rose de France (20).

## Deutsches Zahnärztliches Institut

12, RUE DE DOUAI - Métro: Blanche, Pigalle Tel. Trinité 50-17 - Sprechstunden: 9-12, 2-5 Uhr  
Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan  
**NEUEIT: PORZELLANKRONEN UND BRÜCKEN**  
Umgarung schlechtzittender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden  
**SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVÖSE UND HERZKRANKE**  
**MISSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS**

## ALLIANCE FRANÇAISE

### 101, Boulevard Raspail, Paris

- 1. Der Frühjahrs-Gesamt-Kursus französischer Studien (Cours complet d'Etudes Françaises) beginnt am 1. März. Das Programm umfasst jede Woche:  
zwei Stunden mindestens praktischen Studiums der Sprache, obligatorische Übersetzungen vom Deutschen ins Französische.  
Sieben Vorträge.  
Einen Vortrag mit Kunst-Erklärungen.  
Preis 195 Francs monatlich.  
500 Francs für 4 Monate, vom 1. März bis 30 Juni.  
Spezialkarten werden an diejenigen Personen abgegeben, die nur den Vorträgen beiwohnen sollen.  
Preis 80 Francs monatlich.  
2. Abendkassen finden fünfmal wöchentlich statt: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag, v. 20 bis 22 Uhr. Mittw.: Französischer Handels-Kursus.  
Preis: 100 Francs monatlich.  
325 Francs für 4 Monate.  
Sämtliche Auskünfte beim Direktor: Robert DUPOLEY, 101, Boulevard Raspail, Paris 6e.

## Dr. Spécialiste

30, rue de Rivoli - Métro: Châtelet  
**RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN**  
Heilung von Krampfadern und offenen Beiwunden  
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Impfungverfahren Trypanblau-Einspritzungen  
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spektroskopie, Salvarsan, Wismut usw.  
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr  
Konsultationen von 25 Fr. ab.  
**Man spricht deutsch**

## Einzigste Gelegenheit!

Wegen Eheverzerrung kann in Forbach, zentrale Lage, 3-Zimmerwohnung mit Mobiliar sofort billig gekauft werden. Aufenthaltsgenehmigung wird erteilt. Eingetragene französische Firma kann übernommen werden.  
Eilanfragen Schließfach 44, Forbach

Ausführung sämtlicher

## Tischlerarbeiten

wie Möbel, Laden- und Restaurations-Einrichtungen, Massenanfertigung von Holzartikeln, Radiokabinen gelackert und schnell lieferbar. Deutsche Flüchtlinge.

## Rosenberg und Gipsmann

MOBEL-FABRIK  
PARIS-PUTEAUX

Schriftliche Bestellungen erbeten in Paris: 25, rue de Clug bei Rosenberg oder 24, rue Montmartre (6, Cité de Labrynth) bei Gipsmann

## „Schweiz“

Unabhängiger, vorurteilslos, großzügiger, energ. Sportmann, 50 J., Ing., mit Lebenserfahrung, in angenehmer Pos. sucht geistvolle, einfache, tüchtige, sympathische Dame mit akademischem Beruf od. noch im Studium (Arztin usw.) kennen zu lernen zwecks baldiger

## Heirat

Religion, Geburts- und Geld absolut uninteressant. Streng, Diskretion selbstverständlich. Erste Zuschriften, evtl. mit Bild erbeten an

Schließfach Nr. 791  
Hauptpost Zürich

Insperieren bringt Gewinn!